

Die "Freiheit" erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen "Freie Welt", "Frauen-Welt" und "Der Jugend-Geselle". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Mai 35.— Mk., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Ostpreußen, Danzig, das Saar- und Westfalengebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 60.— Mk., für das übrige Ausland 67.— Mk.

Die eingepflichtete Konparatabelle oder deren Raum kostet 18.— Mk., einschließlich Interzenturen. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,50 Mk., jedes weitere Wort 1,75 Mk., einschließlich Interzenturen. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12.— Mk. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1,50 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: 153 90—153 90

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Pessimismus in Genua

Flucht in die Dunkelkammer

Sonderbericht des "Intel"

Genua, 12. Mai

Die Ansichten, auf der Konferenz zu einer abschließenden Lösung des russischen Problems zu gelangen, werden auf allen Seiten durchaus pessimistisch beurteilt. Zwar sind Italien und England entschlossen, auf Grund der russischen Antwort die Verhandlungen mit der Sowjetregierung weiterzuführen, doch gewinnt es mehr und mehr an Wahrscheinlichkeit, daß die Verhandlungen aus dem großen, dauernd mehr oder weniger verhandlungsfreundlichen Einflüssen ausgesetzten Forum der Konferenz, dessen Essenzvielfach zur Betonung des Prestige- und Propagandaaspektes führt, in einen hinter verschlossenen Türen tagenden Ausschuss verlegt werden. Der russische Vorschlag, die Beratungen in eine Kommission zu verlegen, wird also höchstwahrscheinlich in der einen oder anderen Form Berücksichtigung finden.

Ebenso fest wie zur Fortführung der Verhandlungen mit Rußland sind Lloyd George und Schanzer jedoch dazu entschlossen, alles zu versuchen, eine Weiterführung der Konferenz in Genua zu ermöglichen. Beide sind bemüht, die weiteren Verhandlungen auf den Garantiepakt zu konzentrieren. Ob ihre Anstrengungen von Erfolg gekrönt sein werden, hängt in erster Linie wieder von der Haltung Frankreichs und Belgiens ab. Die französische Delegation beobachtet auch weiterhin Zurückhaltung und erwartet entsprechende Instruktionen aus Paris, die bis zur Stunde noch nicht eingetroffen zu sein scheinen.

Aufgegebene Hoffnungen

Sonderbericht des "Intel"

Genua, 12. Mai

Der russische Delegierte Borowski äußerte sich heute gegenüber dem Sonderberichterstatter des "Intel":

„Wir haben in unserer Antwortnote ausdrücklich betont, daß wir mit unserem Vorschlag, die schwierigen, zwischen Rußland und den anderen Mächten schwebenden Finanzfragen auszuweisen und einer besonderen Kommission zu überweisen, dahin zu wirken hoffen, daß die Konferenz ihre Arbeiten, noch zu erledigenden Arbeiten desto leichter behandeln könne. In diesem Sinne wurde unser Vorschlag auch von der englischen und der italienischen Delegation aufgefaßt. In unseren Augen bedeutet eine Verlagerung der speziellen Fragen und ihre Überweisung an ein besonderes Komitee keineswegs eine Verlagerung der Konferenz — ganz im Gegenteil! Nichtsdestoweniger dürfen wir uns nicht darüber täuschen, daß sich gewisse Mächte einer Weiterführung der Konferenz in der von uns vorgeschlagenen Form widersetzen und zu einem Abbruch der Konferenz drängen werden. Ich glaube nicht mehr an einen Erfolg der Konferenz, auch nicht daran, daß wir zu einem allgemeinen Übereinkommen mit den auf der Konferenz vertretenen Mächten gelangen werden. Der Bankrott der Konferenz wäre aber ebenso zum Schaden Rußlands wie zum Schaden ganz Europas. Was uns jedoch betrifft, so steht uns in diesem Falle immer noch der Weg zu Sonderverhandlungen mit den einzelnen Staaten offen.“

Schanzer über die russische Antwort

Sonderbericht des "Intel"

Genua, 12. Mai

Der italienische Außenminister Schanzer stattete heute dem Hauptquartier der Journalisten einen Besuch ab. Nach einem kurzen Dankeswort für die Guldigungen, die ihm bei seinem Erscheinen zuteil wurden, und die er nicht für seine Person, sondern für Italien spendet wissen wollte, beleuchtete Schanzer die gegenwärtige durch die russische Antwortnote geschaffene Lage. Er erklärte zunächst, er könne es nicht verhehlen, daß die italienische Delegation eine Antwort erwartet hätte, die sich von der tatsächlichen Antwort der Note wesentlich unterschiede. Er habe alles versucht, die Russen zu bewegen, die Antwort auf das Memorandum der Alliierten in anderem Sinne abzufassen. Die Russen wollen jedoch an dem Prinzip der Nationalisierung festhalten und hoffen, daß sich die ausländischen Kapitalisten trotz des damit verbundenen Risikos nicht abhalten lassen werden, Kapitalien in Rußland zu investieren. Es sei wohl möglich, daß die Russen auch auf diese Weise Kapital erhalten, sie werden es aber teuer bezahlen müssen, da die Kapitalisten auch ihr Risiko mit veranschlagen werden.

Dann ging Schanzer näher auf die russische Antwortnote ein: „Der erste Teil, der der größte ist, hat am wenigsten

die Zustimmung der italienischen Delegation gefunden. Dieser erste Teil sei eher eine Propagandaschrift als eine Note, was sehr zu bedauern sei, da sich nunmehr die Notwendigkeit ergebe, auf die im ersten Teil erhobenen Anschuldigungen zu antworten.

Der zweite Teil sei kürzer und wichtiger als der erste; er sei geeignet, eine Diskussionsbasis zu bilden. Es sei vor allem erfreulich, daß dieser Teil von verständlichem Geiste getragen sei. Es sei schwer, leicht schon vorauszusagen, wie die Antwort der Alliierten auf dieses Memorandum ausfallen werde, da noch keine diesbezüglichen Besprechungen zwischen ihnen stattgefunden haben. Am wesentlichsten müsse aber die Erklärung der russischen Delegation erscheinen, daß Rußland tätigen Anteil an der Wiederherstellung des Friedens in Europa nehmen wolle.

Schanzer sieht den bisherigen Erfolg der Konferenz von Genua darin, daß es gelungen sei, Sieger und Besiegte zu gemeinsamen Beratungen zu vereinen und auch Rußland in Verhandlungen mit europäischen Staaten zu bringen. Nach diesem Erfolge aber sei es die wichtigste Aufgabe der Konferenz, ihre Arbeiten fortzusetzen, um zur Wiederherstellung des Friedens zu gelangen.

Keine Kommissionsitzungen

Genua, den 12. Mai

Die für heute in Aussicht genommene Sitzung der Unterkommission der ersten Kommission zur Prüfung der russischen Antwort ist auf morgen vormittag 11 Uhr verschoben worden.

Beratungen bei Lloyd George

Genua, 12. Mai

Der holländische Minister des Neußern von Karnebeck, der Schweizerische Delegierte Motta und der Führer der rumänischen Delegation Pratiانو waren heute bei Lloyd George zum Frühstück geladen. Später kamen noch Stirmunt, Kintschlich, der Schwedische und der japanische Delegierte zu Lloyd George. In einer mehrstündigen Besprechung wurden die russische Frage und die britische Auffassung bezüglich der Zukunft der Konferenz erörtert.

Sembats Urteil

(Anteil) Paris, 12. Mai

Die Mehrzahl der französischen Blätter nimmt zu der russischen Antwortnote, deren Text sie, mit Ausnahme der „Humanité“, nur auszusprechen und auch da nur in geringem Umfang, veröffentlicht, eine ablehnende Haltung ein. Nur der Schluss der russischen Note, der vorschlägt, die finanziellen Fragen einer gemischten Kommission zur Erledigung zu übertragen, findet bei einigen Blättern Anklang.

Marcel Sembat weist im „Populaire“ auf die Gefahr eines Bruches mit der ganzen Welt hin, vor den Frankreich durch die Hartnäckigkeit seiner Regierung gestellt werde. Der Lloyd George zugeschriebene Gedanke einer großen deutsch-englisch-russischen Entente zum Wiederaufbau Europas verdiene ernst genommen zu werden, wenn man eine allgemeine Isolierung Frankreichs vermeiden wolle. Man müsse alle stützlichen Kräfte der Menschheit gegen alle Kräfte der Tyrannie und der Gewalt zusammenschließen.

Arbeiter-Aussperrung in Siebenbürgen

Bukarest, 12. Mai. (WFB.) Wegen der Frage der Annahme des Kollektivarbeitsvertrages ist es in der siebenbürgischen Industrie zu einer Aussperrung der Arbeiter gekommen.

Fortgang der Kriegsbeschuldigten-Prozesse

Leipzig, 12. Mai. (WFB.) Das Reichsgericht hat auf den 28. Juni für die Fortführung der Kriegsbeschuldigtenprozesse Termin anberaumt. Das erste Verfahren richtet sich gegen den Arzt Dr. Michelson aus Berlin, der auf Grund der französischen Auslieferungsliste der Gefangenenmishandlung verdächtig erscheint. Dr. Michelson soll als leitender Arzt des Lazarettes in Esfry und anderer Lazarette französische Gefangene mishandelt haben. Außer mehreren deutschen Zeugen sind zu dem anberaumten Termin 14 französische Zeugen geladen. Die Verhandlungen werden einige Tage dauern.

Der bairische Verkehrsbeamtenverein hat sich in seiner in München abgehaltenen Tagung gegen eine Entkaufung der Reichspost und der Reichseisenbahn ausgesprochen.

Die russische Antwortnote

Die Antwortnote der russischen Sowjetregierung, deren Inhalt wir gestern kurz mitteilten, ist von enormem Umfang. Im Wortlaut wiedergegeben, würde sie etwa zwei Druckseiten unseres Blattes umfassen. Schon Raumgründe würden uns zwingen, von dem wörtlichen Abdruck abzusehen. Es liegt aber auch rein sachlich kein Anlaß dazu vor. Die Note ist fast ausschließlich polemischen Charakters, enthält zahlreiche Einwände gegen das Memorandum der Entente. Den schon im Laufe der Vorbereitungen von uns mitgeteilten Einwendungen sind wesentliche nicht hinzugefügt. Bestimmte Vorschläge werden von der Sowjetregierung auch nicht gemacht, sondern empfohlen, alles nähere weiteren Verhandlungen zu überweisen. Die Sowjetregierung stellt anheim, zur Lösung der finanziellen Streitfragen in Genua einen gemischten Sachverständigenausschuss einzusetzen, dessen Arbeiten zu einer Zeit und an einem Ort beginnen würden, der durch gemeinsames Abkommen zu bestimmen wäre.

Die russische Note wendet sich dagegen, daß laut Memorandum der Entente von Rußland verlangt wird, „auf seinem Hoheitsgebiet jeden Versuch zur Unterstützung revolutionärer Bewegungen in anderen Ländern zu unterdrücken.“ Wörtlich sagt die Antwortnote:

„Wenn aber das Memorandum mit dieser Formel die Tätigkeit der politischen Parteien oder der Arbeiterorganisationen zu unterdrücken beabsichtigt, kann die russische Delegation dieses Verbot nicht dulden, es sei denn, daß die staatliche Möglichkeit mit den Landesgesetzen im Widerspruch steht. Mit derselben Klausel verlangt das Memorandum von Rußland, „es solle sich jeder Handlung enthalten, die den politischen oder territorialen Status aus in anderen Staaten stören könnte.“ Die russische Delegation erachtet diesen Vorschlag für einen verschleierten Versuch, Rußland dazu zu bringen, die mit anderen Staaten abgeschlossenen Verträge anzuerkennen. Insbesondere ist dies eine politische Frage, welche Rußland im gegebenen Augenblick mit den in Frage kommenden Mächten zu besprechen bereit ist.“

Die künstlich in das Memorandum hineingebrachte Frage der Beziehungen zwischen Rumänien und Rußland könne nicht getrennt von dem gesamten Komplex der zwischen Rumänien und Rußland strittigen Fragen behandelt werden. Ueberrascht sei die russische Delegation, daß im Memorandum die Frage des Friedens in Kleinasien aufgeworfen werde, um so mehr, als Rußland vorgeschlagen habe, die Türkei nach Genua einzuladen. Ihre Anwesenheit würde besonders zur Wiederherstellung des Friedens beigetragen haben.

Gegen das Verlangen auf Anerkennung der ausländischen Schulden Rußlands wendet sich die Antwort mit dem Hinweis, daß weder der französische Konvent zur Zeit der großen französischen Revolution noch die Vereinigten Staaten von Nordamerika die Verträge ihrer Vorgänger anerkannten, der französische Konvent am 22. September 1792 sogar ausdrücklich erklärte, daß „die Souveränität der Völker nicht gebunden ist durch die Verträge der Tyrannen“. Ebensovienig könne man die russische Sowjetregierung verpflichten, „irgendeine Verantwortlichkeit gegenüber auswärtigen Mächten und ihren Staatsangehörigen bezüglich der Annulierung der öffentlichen Schulden und der Nationalisierung des Privateigentums zu übernehmen.“ Auch in der Frage der Verantwortlichkeit für Schäden an Gütern, Rechten und Interessen fremder Staatsangehöriger infolge des Bürgerkriegs spräche die juristische Doktrin zugunsten der russischen Regierung, soweit die Schäden nicht durch Handlungen der Regierung (Annulierung der Schulden und Nationalisierung des Eigentums) herbeigeführt worden sind. Auch die zaristische Regierung habe die Wünsche der ausländischen Staatsangehörigen auf Rückzahlung der durch die Revolution 1905—1906 entstandenen Schäden mit der Begründung zurückgewiesen, sie könne, da sie ihren eigenen Untertanen in gleichen Fällen keinen Schadenerfolg gewährt habe, den Ausländern keine Vorzugsstellung geben. Die russische Sowjetregierung dagegen habe sich bereit erklärt,

„unter Ausschluß der Kriegsschulden, die einen ganz besonderen Ursprung haben und die durch die Tatsache, daß

Rußland die Beteiligung am Kriege aufgegeben, an der Teilung seiner Gewinne nicht teilgenommen hat und somit seine Kosten nicht übernehmen konnte, erlöschen waren, der Zahlung der öffentlichen Schulden zuzustimmen unter der Bedingung, daß die Rußland durch die Intervention und durch die Blockade zugefügten Schäden anerkannt würden.

Rußland sei durch die Invasionen großer Schaden zugefügt. Schon bei Ueberreichung des ersten Memorandums habe die russische Regierung durch Dokumente bewiesen, daß die Leiter der gegenrevolutionären Armeen nur vorgeschoben, und daß ihre wirklichen Befehlshaber ausländische Generale waren, die zu diesem Zwecke besonders durch gewisse Mächte vorgeschoben waren. Diese Mächte hätten nicht nur direkt Anteil am Bürgerkrieg genommen, sondern ihn auch verursacht. Trotzdem habe sich die russische Sowjetregierung bereit erklärt, auf ihre Gegenforderung zu verzichten und die Verpflichtungen der vergangenen Regierung anzuerkennen unter der Bedingung, daß vor allem der russischen Regierung reale Strebte zur Verfügung gestellt werden. Aber von Krediten an die russische Regierung rede das Memorandum überhaupt nicht. Durch die Klausel VII, die die privaten Interessen regeln will, werde die Souveränität des russischen Staates ein Spiel des Zufalls. Sie könne durch die Entschließung eines gemischten Schiedsgerichtshofes, an dem Rußland neben vier ausländischen Vertretern nur mit einem Vertreter beteiligt sei, schwach gemacht werden.

Sowie über die Einwände. Aber die Antwortnote der russischen Regierung macht auch mit vollem Recht darauf aufmerksam, daß alle die Vorverhandlungen und Noten einen Kampf zweier grundverschiedener Eigentumsformen darstellen. Der Teil der Antwortnote, der dies darlegt, drückt das in folgenden, auch bereits in unserer gestrigen kurzen Inhaltsangabe enthaltenen Sätzen prägnant also aus:

„Die politische und die soziale Reaktion, die in den meisten Staaten auf die Kriegszeit folgte, versucht, durch die Niederwerfung Rußlands, das gegenüber individuellen Tendenzen kollektive Tendenzen vertritt, den Triumph des individuellen Kapitalismus durchzusetzen. Die Sowjetdelegation hat sich geweigert und weigert sich noch immer, in die Verhandlungen von Genua politische Tendenzen hineinzutragen, aber sie muß feststellen, daß die Versuche, auf der Konferenz von Genua das Programm einer Partei oder eines sozialen Systems triumphieren zu lassen, gegen den Geist von Cannes verstoßen. Diese Versuche würden von gewissen Mächten unternommen.“

Das ist sicherlich zutreffend. Wer erinnert sich nicht der flammenden Heuerungen der Rechtspresse des In- und Auslandes, die sozialistischen Bestrebungen in Rußland mißten und würden sich selbst ausbrennen. In Deutschland ist man heute sehr weit von dieser Ausbrennungstheorie abgekommen. Der deutsch-russische Vertrag und seine Aufnahme in der deutschen Presse zeigen das sehr deutlich. Auch in England und anderen Staaten hat man einsehen müssen, daß man aus eigenem Interesse in Rußland anerkennen muß, was man zu beseitigen nicht die Macht hatte und hat. Ändere Länder werden folgen. Selbst in dem Amerika der Milliardenäre, das dem Sozialismus begreiflicher Weise noch weit grimmigere Feindschaft geschworen hat, als die durch die Zerrüttung der europäischen Wirtschaft zum Nachdenken gebrachten europäischen Staaten, beginnt man sich eines Besseren zu besinnen.

Rußland hat in der Tat einiges bei den Verhandlungen in die Waage zu werfen. Sind es auch nicht sofort greifbare Milliarden, nach denen das Weltkapital so sehr dürstet, so ist doch die Wiedereingliederung Rußlands in die Weltwirtschaft eine Lebensbedingung auch der anderen Mächte. Die russische Regierung kann zwar nicht verhindern, daß der Kapitalismus sich in Rußland wieder einnistet. Sie muß, da auch das Wohl des russischen Volkes von dem Anschluß an die Weltproduktion abhängt und die alliierten Mächte trotz der eigenen Wirtschaftsnöte eine für Rußland unüberwindliche Macht darstellen, sich zu Konzessionen bereitfinden. Aber sie hat auch die Pflicht, alles daran zu setzen, um zu verhindern, daß das Kapital Rußland wieder uneingeschränkt unter seine Vormächtigkeits bringen kann. Das Proletariat der ganzen Welt bei aller Kritik, die es dem bolschewistischen Regime entgegenbringt, wünscht, daß Rußland mit einem möglichst starken sozialistischen Einschlag in die Weltwirtschaft eintritt, so daß es auch im Kampfe um den Sozialismus eine Machtposition darstellt. Jedes Zugeständnis, das die russische Regierung zu machen gezwungen werden kann, stärkt die ohnehin riesenstarke Machtposition des Kapitals weiter. Aus diesem Grunde ist es auch Pflicht der russischen Regierung, auf möglichste Evidenzzeit bei den Abmachungen zu drängen. In dieser Beziehung ließ das Memorandum der Ententemächte sehr viel zu wünschen übrig. Handelt es sich auch bei allen diesen Fragen um Machtkämpfe, die nicht durch Vertragsparagrafen entschieden werden, so würde doch jede verschwommene oder zu weit gegriffene Formulierung die Konfliktsmöglichkeiten nur mehr und in gegebenen Situationen den Feinden des Sozialismus das Suchen von Konflikten erleichtern.

Post-Schnüffler

In Wiesberts Reich gehen recht merkwürdige Dinge vor. Wie der „Bormaris“ berichtet, werden männliche und weibliche Post- und Telegraphenbeamte mit Wissen und unter Billigung der Verwaltung befragt, wie sie politisch und gewerkschaftlich organisiert sind. Auf Grund dieser Befragungen wird ein Plan aufgestellt, für wie viele Streikstunden die „gut organisierten“ Beamten zur Verfügung stehen, um im Falle eines Streiks mit Hilfe der Technischen Nothilfe den Postbetrieb aufrechtzuerhalten. Den „gut organisierten“ müssen zweifellos ganz besondere Verpflichtungen gemacht worden sein. Wenigstens machen sich gewisse Postenbesitzer unter den Beamten sehr unangenehm bemerkbar. Ferner wird mitgeteilt, daß die Schupo 60 Mann im Fernamt für die Technische Nothilfe ausbilden. — Selbstverständlich wirkt diese Schnüffelei sehr un-

günstig auf den Dienstbetrieb. Man darf sich deshalb nicht wundern, wenn der Dienst in Wiesberts Reich weit schlechter läuft als die Bepfehlung der Beamtenschaft. Im übrigen ist die Ausbildung der Schupo für die Technische Nothilfe und für den Streikbrecherdienst im Post- und Telegraphenbetrieb mit auf das Konto der Rechtssozialisten zu setzen. Die Schupo untersteht dem rechtssozialistischen Minister Severing, für die Technische Nothilfe haben neuerdings die Rechtssozialisten abermals die Millionen bewilligt.

Faule Ausreden

Unsere Anprangerung der verwerflichen Liebedienerei der deutschen und preussischen „Staatsmänner“ gegenüber Italien bei dem Auslieferungsgeschäft in dem Fall des italienischen Revolutionärs Boldrini gibt der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ Anlaß zu einem anscheinend offiziellen Rechtfertigungsversuch für die Haltung der verantwortlichen deutschen Stellen. Das Stinnesblatt und seine Informanten haben aber gründlich daneben gehauen. Denn es wird in dem Artikel zugegeben, daß der deutsch-italienische Auslieferungsvortrag vom 31. Oktober 1871 zwar die Auslieferung wegen Mord vorsieht, aber Artikel 4 besagt, daß seine Bestimmungen auf politische Verbrecher keine Anwendung findet.

Nun wird Boldrini der Beteiligung an einem Bombenattentat in Mailand beschuldigt. Ganz abgesehen davon, daß Boldrini selbst zurzeit des Attentats nicht in Mailand war, können selbst die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und ihre Hintermänner nicht behaupten, daß das Attentat vielleicht gemeinverbrecherischen Motiven entsprungen wäre. Um aehr trotzdem den klaren Wortlaut des Auslieferungsvortrages ins Gegenteil umzudeuten und die Auslieferung Boldrinis rechtfertigen zu können, konstruieren die Offiziösen, daß das Attentat kein eigentlich politisches Delikt im Sinne des Auslieferungsvortrages gewesen sei, weil die Tat mit der revolutionären Arbeiterbewegung im Jahre 1920 nicht im Zusammenhang stand. Und deshalb wären die juristischen Sachverständigen zu dem Ergebnis gekommen, daß Boldrini auszuliefern sei; der preussische Minister des Innern und der Justiz, der Reichsjustizminister und das Auswärtige Amt seien nach reiflicher Prüfung zu der gleichen Auffassung gekommen.

Dierach erscheint die Auslieferung Boldrinis uns um so verwerflicher. Wenn ein Bombenattentat, das gegen den Polizeipräsidenten gerichtet ist und im engen Zusammenhang mit den Verfolgungen der italienischen Revolutionäre durch die italienischen Behörden und mit dem Faschistenterror steht, kein politisches Delikt ist, gibt es überhaupt kein politisches Attentat mehr. Eine nichtswürdige Ausrede ist es aber, wenn die Verantwortlichen für die Auslieferung anführen, das Attentat sei nicht in die Zeit der revolutionären Bewegung Italiens gefallen. Ziel vielleicht der Erzherrgermord, fiel die Ermordung Carels in eine revolutionäre Bewegung? Trotzdem werden die Radbruch, Severing usw. der Auffassung sein, daß der Mord an Erzberger politischen Motiven entsprang. Und die reaktionären Geheimräte im Auswärtigen Amt, die an der Durchbrechung des Nihilrechts beteiligt sind, würden im Falle der Festnahme der Mörder Erzbergers wahrscheinlich nicht der Meinung sein, daß Tölpeln und Schütz wie gemeine Mörder behandelt werden sollen.

Aber im Falle Boldrini handelte es sich um einen Arbeiter und da sind die Radbruch und Severing mit den Reaktionsären im Auswärtigen Amt eines Sinnes. Die Schande der Rechtssozialisten und der deutschen Republik kann durch keine offiziellen Ausflüchte ausgeblendet und gemindert werden.

Anspach und seine Helfershelfer

Je mehr sich das Dunkel über der Anspach-Affäre lichtet, desto vorsichtiger muß man sein in der Beurteilung und Bewertung all der „Tatfachen“, die jetzt unrlöblich aus allen Ecken und Enden zum Vorschein kommen.

Wenn man gewissen Korrespondenzen und Korrespondenten glauben soll, dann hätte die Entente geradezu einen nicht geringen Teil ihrer Noten an Deutschland auf Anspach-Fällungen gestützt! Zweifellos ist diese Darstellung stark übertrieben, und es wäre gescheiter, wenn die bürgerliche Presse sich zunächst mehr Reserve auferlegte, da doch das Auswärtige Amt jetzt erst prüft, was an den sich überstürzenden Nachrichten über Anspachs Heidentaten wahr und was falsch ist!

Wie es in derartigen Fällen zu geschehen pflegt, wird aus jeder Kleinigkeit alles Mögliche zusammengehämmelt. Anspach war zweimal in Paris, und schon erhebt man ihn zum Inspirator der Politik Frankreichs und Polens!

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, hat der liebliche Anabe in letzter Linie weniger Wert auf die Lancierung seiner mehr oder minder geschickt zurechtgemachten „politischen“ Sensationen gelegt als auf die gefälligen Einfuhr-Verrichtungen, die — offenbar in größten Mengen hergestellt — weit mehr Geld brachten als erfundene Protokolle, Geheimberichte, Verzeichnisse, Listen usw.

Jetzt stellt sich auch heraus, daß Anspach — wie ja von vornherein anzunehmen war — „ansehnliche“ Helfershelfer hatte: einen Mann, der als „Dr. Trumpf“ bezeichnet wird, einen preussischen Rittmeister a. D. namens „Müller“, eine Hauptmanns-Gattin, Frau Sacke, und den österreichischen Rittmeister a. D. Lustig, der bereits vor einigen Jahren sehr übel von sich reden machte.

Das „Berliner Tageblatt“ behauptet u. a., Anspach habe bis zum Rapp-Putsch unzerem Blatte „regelmäßig“ Berichte über kommunistische Aufstandspläne und dergl. geliefert. Das stimmt nicht. In jener Zeit brachten gerade die rechtsgerichteten Blätter ständig Nachrichten über kommunistische Pläne, die bevorstehen sollten; denn sie dachten, auf diese Weise am besten ihre eigenen Rappisten-Gelüste verdunkeln zu können. Der „Freiheit“ hat Anspach weder Spitzelberichte geliefert, noch Spitzelberichte über kommunistische Pläne, Waffenlieferungen, Reichswehr-Angelegenheiten geliefert.

Nach dem Rapp-Putsch tauchten in der Presse Nachrichten auf, die besagten, Rappisten hätten mit Leuten von der RSD. Verhandlungen gepflogen. Hierüber brachte Anspach der „Freiheit“ eines Tages „Dokumente“. Diese wurden geprüf, von einwandfreien Kennern, darunter Kommunisten, für echt gehalten und doraufhin veröffentlicht. Bald aber wurden sie als gefälscht erkannt, und sofort machte die „Freiheit“ dem Mitarbeiter-Verhältnis Anspachs ein Ende.

Merkwürdig ist es übrigens, daß die Schlinge um seinen Hals erst jetzt zugezogen wurde. Seit Jahr und Tag hat er ja allenthalben mit seinen „Heidentaten“ herumgeprallt. Die Polizei muß davon längst gewußt haben; denn er verkehrte viel in recht gut — überwachten Lokalen! Fast sieht es so aus, als sei es doch wohl richtig, was behauptet wird, daß nämlich der vielseitige „Dr. Anspach“ auch der „Sipo“ gebietet habe...

Lustig ist der Nestortstreit, der sich zwischen dem Staatskommissar Dr. Weismann und dem Regierungsrat Dr. Weich vom Berliner Polizei-Präsidium angesponnen hat. Jedem der beiden steht die eine oder die andere Korrespondenz zur Verfügung, und es hat sich eine Fehde erhoben, in der es zu beweisen gilt, ob die Wilhelmstraße oder der Alexanderplatz früher aufgestanden ist und sich — wie eine Korrespondenz schreibt — „den“ größeren Verdienst erworben hat.

Niedriger hängen

In der „Roten Fahne“ vom 9. Mai wird Genosse Theodor Dieblnecht als Verteidiger der Mörder seines Bruders bezeichnet. Wir würden der Achtung vor dem Genossen Karl Dieblnecht und seinem ihm ein Menschenleben hindurch in allen Fährnissen aufs engste verbundenen Bruder Theodor vor uns selbst und vor der revolutionären Arbeiterschaft etwas vergeben, wenn wir dem selbigen hinter seiner Anonymität sich versteckenden Ehrenmann der „Roten Fahne“ auch nur mit einem Wort antworten würden. — Gegenüber einer solchen Verkommenheit kann es nur ein Geben: Verachtung.

Bei dieser Gelegenheit sei noch festgestellt, daß die „rote Fahne“ bis heute nicht den Mut gehabt hat, die zwei Erklärungen, welche die Genossen Dieblnecht und Rosenfeld zur Erwidern auf die letzten Angriffe der „Roten Fahne“ abgegeben haben, ihren Lesern mitzuteilen.

Nochmals Radek

Die „rote Fahne“ hat offenbar eine schlechte journalistische Bitterung. Sie sucht Hilferding und Friesland mit der Verfälschung unserer gestrigen Notiz über Radek in Verbindung zu bringen, die ihr beide völlig fernstehen. Zahllich weiß das Radek-Organ nichts zu erwidern. Gegenüber dem Genossen Dittmann jagt es:

„Wenn sich übrigens Dittmann, der seinerzeit vor dem Reichsgericht so elend gekniffen hat und der es nicht wagte, dem Beispiel Karl Dieblnechts zu folgen und klar und deutlich den Klassenrichtern als Revolutionär entgegenzutreten, auf eine Kennzeichnung seines damaligen Verhaltens durch den Genossen Radek freut, so kann dem Mann geholfen werden. Genosse Radek wird ihm zweifellos die Freude bereiten, die er erzieht.“

Genosse Dittmann nimmt schmunzelnd von Radeks löblicher Absicht Notiz, ihn als Kneifer zu entlarven; er hat nur den Wunsch, daß Radek wenigstens diesmal Wort halten möge.

Libussa

Wilhelm II. Ratgeber haben ihm schon manchen Bärenbienst erwiesen. Nun ist ihm von irgend jemand geschildert worden, daß der Spötter Sternheim ein Buch „Libussa“ geschrieben hat, das dem November-Deserteur zum Anlaß dienen kann, sich beleidigt zu fühlen und eine Klage anzufrengen. —

Wer und was ist Libussa nun eigentlich? Der satirische Verfasser schrieb sozusagen den vierten Band von Bismarcks „Erinnerungen“, und zwar in der Form, als ob Wilhelm II. Leibhüte Libussa nach Art des „Klugen Hans“ durch Klopfzeichen Kunde über das Treiben des Kaisers gegeben hätte.

Hierbei kommen sehr eigenartige und „interessante“ Seelenstudien zutage, und die Untersuchung endet mit der Feststellung, daß Wilhelm II. alles mögliche war und ist, nur kein Held! Dieser Vorwurf der persönlichen Feigheit hat's ihm nun angetan, und er verlagte den Verfasser und den Herausgeber Pfeifers, in dessen Verlag „Aktion“ Sternheims Buch erschienen ist.

Wilhelms „Gegenbeweis“ wird nicht leicht zu führen sein. Wie man hört, will ER darauf hinaus: er sei bittende nicht aus Feigheit desertiert, sondern — die Lesart ist ja alt — nur deshalb, weil er seinem geliebten Deutschland den Bürgerkrieg ersparen wollte!

Der Prozeß wird sehr interessant werden; denn aus der „Libussa“ geht hervor, daß dem Kaiser Freiheit im Zusammenhang mit Geisteskrankheit vorgeworfen wird. Wenn die Beklagten also einen Trupp Sachverständiger aus aller Herren Länder aufmarschieren lassen (nicht nur hervorragende Psychiater, sondern Leute wie Bismarck, Duidde, Wilhelms eigene Eltern und andere hatten schon vor Jahrzehnten gar keinen Zweifel an seiner Geistesverfassung), dann werden wir eine Schöffengerichtssitzung bekommen, wie sie denn doch wohl „noch nicht dagewesen“ ist.

Es bleibt jedenfalls dabei: Wilhelms Ratgeber haben ihm einen pferdemäßigen Dienst erwiesen.

Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

Im bevölkerungspolitischen Ausschuss des Reichstages begann am Freitag die Spezialberatung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. § 1, der festsetzt, was als Geschlechtskrankheit aufzufassen ist, wurde ohne Debatte angenommen. Die Abstimmung über § 2 (Behandlungspflicht durch approbierte Aerzte) wurde zurückgestellt. Angenommen wurde ein Zusatzantrag 2a, der Personen, die keinen anderweitigen Anspruch auf ärztliche Behandlung haben und die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Kosten selbst zu tragen, Anspruch auf unentgeltliche ärztliche Behandlung gewährt, wobei diese Behandlung jedoch nicht den Charakter der Armeupflege haben soll. Bei § 3 wurde bestimmt, daß als zuständige Gesundheitsbehörden die Gesundheitsämter, die Wohlfahrtsämter usw., aber nicht postsekundäre Behörden zu betrachten sind. Nächste Sitzung Dienstag.

Falsch ist die Nachricht, daß die Erhöhung des Portos für Fernbriefe auf 8 Mark geplant ist.

Verbotten auf die Dauer von zwei Wochen wurde die in Obereschlesien erscheinende „Katholische Volkszeitung“. Das Verbot wurde von der Interalliierten Kontrollkommission wegen angeblicher Beleidigung des Kreisinspektors in Ratibor ausgesprochen.

Die Reichsbahn vor dem Reichstag

Gröner kneift — Brenning hält Nachlese

kleine Anfragen.

Abg. Herzfeld (SPD.) fragt, ob der Reichsjustizminister ein neues Amnestiegesetz, das nach des Ministers eigenen Worten „unumgänglich“ sei, bei der Reichsregierung beantragt hat.

Ein Regierungsvertreter: Der Minister hat ein Amnestiegesetz dem Kabinett vorgelegt. Er hat sich aber nach Stellungnahme mit den verschiedenen Parteien davon überzeugt, daß wenig Aussicht für die Annahme eines solchen Amnestiegesetzes besteht, und hat sich entschlossen, durch Verhandlungen Straferlass zu erwirken. Von der Durchführung der bereits erfolgten Urteile wird die weitere Behandlung des im Kabinett vorliegenden Amnestiegesetzes abhängen.

Abg. Graefe (Dn.): Wie will die Reichsregierung die ungeheure Bevormundung der Juden bei der Auswahl der Delegierten und Sachverständigen zur Vertretung der deutschen Belange in Genoa — der rassenmäßig jüdische Anteil bedeutet fast 30 Prozent — rechtfertigen?

Gesandter v. Curtius: Die Sachverständigen und Delegierten für Genoa sind nach ihrer sachlichen Ausnutzung ausgewählt. Eine Untersuchung nach ihrer Religion hat nicht stattgefunden.

Fortsetzung der Beratung des Etats des Reichsverkehrsministeriums.

Abg. Duesel (SPD.): Wir sind unbedingte Gegner eines jeden Versuches, das Eigentumsrecht des deutschen Volkes an der Eisenbahn anzutasten. Der kommunistische Tadel, daß die Beamten nicht ausreichend besoldet werden, daß unter ihnen großes Elend herrsche, ist nicht gerechtfertigt. Der Reichstag hat erst vor ein paar Wochen eine Aufbesserung der Gehälter beschlossen, man darf die enormen Opfer des deutschen Volkes für die Beamten nicht verkennen. Das Personal der Eisenbahn muß um etwa 30000 Köpfe verringert werden! In untergeordneten Betrieben kann bei nachträglicher Arbeitszeit dieselbe Arbeitsleistung erreicht werden wie bei zehnstündiger Arbeitszeit.

Reichsverkehrsminister Gröner: Der für das Jahr 1921 veranschlagte Etat schließt um mehrere Milliarden günstiger ab, als vorausgesehen war. — Es ist getriert der Vorwurf erhoben worden, daß die Eisenbahnverwaltung nicht die nötigen Vorbereitungen gegen die Streikenden getroffen hätte. Die Eisenbahnverwaltung ist mit aller Energie und mit allem Nachdruck dabei, Vorkehrungen gegen etwaige Streiks und die Streikenden zu treffen. (Laut links: Das glauben wir ohne weiteres!) Das Beschaffungswesen wird nur soweit zentralisiert, als wir Produktions- und Verkaufsstellen miteinander verbinden wollen.

Abg. Geisler (D. V.) (Vorsteher der gelben Gewerkschaften) fühlte wieder einmal das Bedürfnis, den Anwalt der Unternehmer zu spielen und gegen die streikenden Beamten maßlos zu hetzen. Es lohnt sich nicht, darauf näher einzugehen.

Abg. Brenning (USP.):

Die Rede des Oberpräsidenten der Gelben, Herrn Geisler, die wir eben gehört haben, kann die gestrigen Ausführungen meines Fraktionskollegen Aufhäuser nicht entkräften. Die Beamten wissen, zu wem sie stehen müssen. Mein Freund Aufhäuser hat gestern hier

Die Nachpolitik des Ministers

gegenüber den streikenden Beamten gekennzeichnet. Man verliert sich, Beamte durch Aushebung von Beamten dazu zu verleiten, in die neue Gewerkschaft, die das Vertrauen der Regierung genießt, einzutreten. Die Sozialdemokraten haben ihr durch die Bewilligung der Mittel für die Technische Rothilfe den größten Vorstoß geleistet. Nicht durch die Technische Rothilfe und nicht durch gelbe Gewerkschaften kann der Streik der Beamten bekämpft werden, sondern nur durch ausreichende Bezahlung und gute Behandlung. Es war notwendig, daß in die Deutschheit der Industrie hineingeleuchtet und das heimliche Treiben der Privatindustrie an die Öffentlichkeit gezogen wurde.

Die Betriebsräte

haben sich in durchaus sachverständiger Weise bemüht, Vorschläge auszuarbeiten, wie der Unwirtschaftlichkeit des Betriebes vorgebeugt werden kann. Allerdings macht die Verwaltung und hauptsächlich die juristische Vertretung den Betriebsräten die größten Schwierigkeiten, und es muß viel unnütze Arbeit von den Betriebsräten verwendet werden, um sich auch dort durchzusetzen, wo das Betriebsrätegesetz ihre Mitwirkung nicht direkt vorschreibt. Entlassungen sind in keiner Weise gerechtfertigt; denn in verschiedenen Bezirken können wegen Mangels an Arbeitskräften wichtige Arbeiten nicht vorgenommen werden. Durch die fortwährenden Entlassungen und die Furcht davor ist ein künftiger Personalwechsel in den Eisenbahnbetrieben eingetreten. In Schwebungen sind in der Zeit vom 1. März 1921 bis 1. Februar 1922 von einer Gesellschaft von 900 Mann 310 Arbeiter ausgetreten und 600 neue eingetreten! Dieser hässliche Wechsel trägt in höchstem Maße zur Unwirtschaftlichkeit der Eisenbahn bei.

Hand weg vom Achtstundentag!

Wie gestern mein Freund Aufhäuser schon betont hat, werden die Arbeiter sich unter keinen Umständen den Achtstundentag nehmen lassen. Mit Recht hat er auf den Kampf der süddeutschen Metallarbeiter hingewiesen. Die Arbeiter wissen jetzt, worum es geht!

Die Privatindustrie scheut sich nicht, trotz des Defizits der Eisenbahn sie fortwährend zu schröpfen. Es besteht ein auffälliger Unterschied zwischen den Materialpreisen verschiedener Fabriken, die an die Eisenbahn liefern. Die Preisdifferenz der Eisenpreise zwischen der Anorrbremse und der Westinghouse-Bremse-Gesellschaft in Hannover beträgt manchmal 100 Prozent! Schon daran kann man erkennen, wie die Eisenbahn übervorteilt wird. Bei der Mitglieder-versammlung der Interessengemeinschaft deutscher Lokführer sind

drei verschiedene Preise

für deren Fabrikate festgesetzt worden. Nach dem Rundschreiben der Interessengemeinschaft sind die Preise für die Baggonfahrzeuge nur mit einem ganz geringen Gewinn berechnet. Die Preise Nr. 2 (Schienen) neben den reinen Herstellungskosten, die also zweifellos schon Löhne, Generalunterschiede, einen Aufschlag von 70—100 Prozent enthalten. Dieser Aufschlag wurde angeblich zur Deckung von Unkosten jeder Art für Löhne und Gewinne gemacht. Daß dieser Aufschlag jedoch nicht zur Deckung von Löhnen und Unkosten erhoben wurde, geht daraus hervor, daß nicht 70 bis 100 Prozent später aufgeschlagen wurden, sondern nur 60 Prozent. Noch deutlicher wurde dies bei der Festsetzung der

Preise Nr. 3 für das Eisenbahnzentrallamt. Da diesem auf Grund seiner großen Leistungen ein Rabatt von 20 Prozent des Gelbpreises gewährt werden konnte.

Die übrigen Käufer der Interessengemeinschaft werden sicherlich übervorteilt. Die Eisenbahnverwaltung muß außerdem noch 20 Prozent Aufschlag auf die reinen Herstellungskosten zahlen. Der Gewinn für die Mitglieder der Interessengemeinschaft ist also beträchtlich. Aus dem Rundschreiben dieser Gesellschaft geht hervor, daß die Eisenbahnverwaltung durch die einseitige Bevormundung dieses Interessentenverbandes erst die Möglichkeit einer bezüglichen Ausweitung der Eisenbahnverwaltung selbst geschaffen hat.

In fast allen Fällen, wo

das Gedingeverfahren

in Anwendung gekommen ist, wurde mehr Zeit für die Herstellung der einzelnen Arbeiten aufgewendet, als bei Lohnarbeiten. Trotzdem die große Unwirtschaftlichkeit des Gedingeverfahrens wiederholt festgestellt worden ist, soll jetzt z. B. im ganzen Bezirk Hannover dieses Gedingeverfahren eingeführt werden!

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß die juristischen Berater des Ministeriums auf die Betriebsräte einzuwirken versuchen. Es wird eine

große Besse neben die Betriebsräte

auch insofern betrieben, als fortwährend von den „hohen Rosten“, die die Betriebsräte verursachen, geschrieben und geredet wird. Mir ist ein Fall bekannt geworden aus Opladen, wo in einer Verhandlung des Betriebsrats mit der Verwaltung festgesetzt worden ist, daß seit April vorigen Jahres Schreiner-, Schlosser- und Anstreicherarbeiten ausgeführt worden sind. Die auf das Konto „Betriebsräte“ gebucht wurden! Die Buchung wurde vorgenommen, weil im betreffenden Titel des Etats keine Gelder mehr zur Verfügung standen! Man verliert bei der Verwaltung, das Vorwissen ist so auszuliegen als ob das „Arztamtlich“ geschehen sei. Ich bin bereit, dem Minister noch mehr Material zu überreichen. Ich habe ihm anlässlich der Beratung des Eisenbahnetats im Hauptauschuss schon Unterlagen über

Mißstände bei der Materialbeschaffung

überreicht: über unachtsame Behandlung und Lagerung von Material, unzumutbare Verwendung von Maschinen, Anlagen und Einrichtungen, vorchriftswidrige Beschäftigung von Arbeitern für Vornehmlichkeiten auf Kosten der Verwaltung usw.

Die Anträge der Unabhängigen Fraktion.

Meine Fraktion beantragt, zur Verbesserung der sanitären Einrichtungen der Eisenbahndienststellen, zur Bekämpfung der Unfallgefahren und zur Förderung der beruflichen Ausbildung mehr Mittel bereitzustellen, sowie für ausreichenden Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter und Beamten zu sorgen. Sie hat ferner den Antrag gestellt, zugunsten des reisenden Publikums für erhöhte Betriebsicherheit Sorge zu tragen und sofort alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um den geschlechtlich anerkannten Achtkundentag im Bereich der Reichseisenbahnverwaltung durchzuführen. Die Betriebsicherheit ist im höchsten Grade gefährdet dadurch, daß man versucht, die Dienstleistungen zu verlängern. Die Beamten sind durch solche überlangen Schichten ermüdet und nicht mehr fähig, die erforderliche Vorsicht anzubringen. Der Minister hat jetzt für den geschlechtlichen Dienst, den Rangierdienst, Prämien eingeführt, und zwar ohne sich auch nur mit den Gewerkschaften ins Benehmen zu setzen! Das ist eine außerordentliche Gefährdung der Sicherheit des reisenden Publikums. Unser Antrag auf Durchführung des Achtkundentages ist insofern äußerst gerechtfertigt, als durchs aus noch nicht überall diese Arbeitszeit durchgeführt worden ist! Wir verlangen darüber hinaus, daß bei schweren körperlichen Arbeiten oder bei besonders anstrengendem und verantwortungsvollen Dienst ein Ausgleich durch eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit und daß bei Schichtdienst eine Verkürzung der Arbeitszeiten herbeizuführen ist. Wir fordern ferner, daß die Betriebsvertretungen im Interesse einer wirksamen Betriebsführung mehr als bisher an der Lösung wirtschaftlicher und sozialpolitischer Fragen aktiv beteiligt werden.

Stellen-Besetzung

Bei der Besetzung der Referendar- und Dezernentenstellen im Reichsverkehrsministerium müssen mehr als bisher erfahrene, sozialpolitisch und volkswirtschaftlich geschulte Kräfte aus den Kreisen der Arbeiter, Angeheilen und der nicht akademisch vorgebildeten Beamten berücksichtigt werden. Und auch die paar Konzeptionschulzen nicht, die man uns anstellt hat.

Wir verlangen, daß die aus dem Krieg datierenden

21 Milliarden Defizit

auf die Reichskriegsschuld übernommen werden. Nur so ist die Geländung der Reichseisenbahn möglich, wenn nicht das Defizit aus den Knochen der Arbeiter und Angestellten herausgewirtschaftet werden soll. Das werden wir unter keinen Umständen zugeben. In den anderen Ländern ist diese Übernahme des Defizits der Eisenbahn auf die Kriegsschuld bereits erfolgt. Wir fordern ferner, daß dem Reichstag alsbald ein Gesetzentwurf über

die Sozialisierung der Reichseisenbahn

unter Berücksichtigung des Gutachtens der Sozialisierungs-Kommission vorgelegt wird. Nun und nimmer darf die Eisenbahn ein Raub der Privatwirtschaft werden! (Lebhafter Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Varg (SPD.): Gröner hat das Anschlagen von Plakaten, die als Illustration eine rote Fahne tragen, an den Bahnhöfen verboten, während überall an den Bahnanlagen Plakate, die für die deutschnationale Partei werben und für ihre Zwecke agitieren, angebracht sind.

Bei der jetzt folgenden

Abstimmung

werden alle von der Fraktion der USP. gestellten Anträge gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt. Für den Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs zur Sozialisierung der Eisenbahn stimmen auch die Rechtssozialisten, der Antrag wird jedoch abgelehnt.

Angenommen wird lediglich ein Antrag Crispian und Genossen, der fordert: zugunsten des reisenden Publikums für erhöhte Betriebsicherheit ständig Sorge zu tragen. Angenommen werden die Anträge des Ausschusses auf Ausdehnung des Vorortverkehrs und auf Übernahme der Schlafwagen durch die Reichseisenbahn, ferner ein Antrag Ciffer (Ztr.), wonach die Vergebung von Lieferungen an allen geeigneten Stellen auf der Grundlage der sogenannten gleitenden Preise abzuschließen ist. Ein Antrag Koch (Dem.), bei künftigen Tarifmaßnahmen die Kinderfahrkarte statt bis zum 10. Lebensjahre bis zum 14. und die Freifahrt von Kindern bis zum 6. Lebensjahre zu erstrecken, wird dem Hauptauschuss überwiesen.

Damit ist das Kapitel I erledigt. Bei der Beratung des Kapitels II ergreift Genosse Anneri das Wort: Der Antrag des Ausschusses, der nur für die Schüler des Religionsunterrichts die tarifmäßige Personalfahrpreise auf die Hälfte herabsetzt, ist zu streichen.

Konfessionelle Lebensäußerungen sind private Angelegenheiten, die staatlich weder gefördert noch gehemmt werden sollen. Im Falle der Ablehnung dieses Antrags fordern wir jedoch die Herabsetzung der Fahrpreise auch für die Schüler des Moralunterrichts, der Lebenskunde oder des Jugendweihes-Unterrichts. Ich warne das hohe Haus, den Antrag an den Hauptauschuss zur nochmaligen Prüfung der finanziellen Seite zurückzuverweisen. Das könnte einem Begräbnis des Antrags gleichkommen.

In der Abstimmung wird der Antrag an den Hauptauschuss zurückverwiesen.

Darauf verläßt sich das Haus auf Sonnabend 12 Uhr. Tagesordnung: Reichsverkehrsministerium, Postetat. Schluß 1/2 8 Uhr.

Preußen ohne Steuern

Der Hauptauschuss des Preussischen Landtags beschäftigte sich heute weiter mit dem Finanzetat. Die Aussprache trug fast durchwegs akademischen Charakter. Ein Vertreter der deutschnationalen „Kreuzzeitung“, auch die Umstürzler sei eine direkte Steuer, sie tröffe in erster Linie den Volk. Als ihm von den Vertretern der Linken mit hartem Gelächter geantwortet wurde, war der Herr ganz erkrankt, daß seine weltfremden Gedanken nicht wie ein Evangelium aufgenommen wurden. Das Haus in sich erkennen, daß es auf die Bundessteuer verzichtet hat. Diese Leute haben auf Hermeß und seine Verbrechen. Die er in Würzburg auf der Konferenz der Finanzminister gemacht hat. Dabei hat selbst der preussische Finanzminister wiederholt zu erkennen gegeben, daß von den Verfassungen bis zur Erfüllung ein weiter Schritt sei. Tut nichts! Der Kern der Hermeßschen Finanzpläne ist eine Vermehrung der indirekten Steuern und eine Schonung des Volkseinkommens durch direkte Steuern. Das entspricht ganz den Wünschen der bestehenden Kreise. Neue indirekte Steuern sollen die preussischen Finanzen aufbessern, das Defizit beseitigen, für Kulturaufgaben — Volkswohlfahrt, Wohnungsbau, für die Invaliden, Rentner und Waisen — dafür braucht Preußen keine Ausgaben mehr zu machen. Es hat für diese Dinge ja nie viel übrig gehabt, und heute sind Ausgaben für derartige Zwecke Luxusausgaben geworden.

Auf diesen Umstand wies in der Aussprache besonders Genosse Otto Meier hin. Er bezeichnete das Würzburger Abkommen als eine Verhöhnung der Tatsache, durch die Erhöhung der Umsatzsteuer die Arbeiterklasse noch weiter zu belasten. Die Reize des Reichsfinanzministers Hermeß nach Paris sei deshalb mit dem Würzburger Finanzabkommen in Zusammenhang zu bringen. Nach den Erfahrungen, die wir nach der Brüsseler Finanzkonferenz machten, sei die Veranschlagung berechtigt, daß Hermeß der Entente diese Regelung der deutschen Steuerprobleme vorschläge, was dann mit der Parole zurückzukommen: Die Entente bestehe auf der Erhöhung der Umsatz- und der Rudersteuer. Unter dem Vorwand, den Gemeinden und den Ländern zu helfen, solle also durch das Bearbeiten des Grundsteuer der Befehl vor weiterer tragbarer Belastung auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung durch Erhöhung der Verbrauchsteuern gesichert werden. Die schon im vorigen Jahr vom Ministerium zugesagte Vorlage über die Höhensozialversicherung sei noch immer. Das Volk verlange endlich Klarheit darüber, welche Summen den Höhensozialen nachgeworfen werden sollen. Die trübselige Finanzlage könne mit kleinen Mitteln nicht gebessert werden; Hilfe könne nur durch die Erlassung der Sachwerte gebracht werden.

Vermerkenswert war, daß der Finanzminister und auch einige bürgerliche Redner das Steuerkompromiß als äußerst unzulänglich bezeichnen mußten; es könne die geheilten Erwartungen keineswegs erfüllen.

Industrie und Wohnungszwangswirtschaft

Der Stinnes-Luhnsche Wählerverein Bergwerksverein, der übrigens neben beträchtlichen Mitteln 20 Prozent Dividende ausschüttet (im Vorjahre 12 Prozent), nimmt in seinem Jahresbericht zur Wohnungszwangswirtschaft die Verwaltung gibt der staatlichen Zwangswirtschaft die Schuld, daß die Wohnungsnot von Jahr zu Jahr zunehme und die bestehenden Wohnungen mehr und mehr verfallen. Der Versuch der Vermögensübertragungen im Industriegebiet sei vollkommen mißlungen. Nur die private Bautätigkeit könne die Wohnungsfrage lösen; selbstverständlich müsse ihr eine entsprechende Verzinsung ihrer Kapitalien zugesichert werden.

Sehr richtig weist das „Berliner Tageblatt“ demgegenüber darauf hin, daß gerade die Industrie die Nutznießerin der Wohnungszwangswirtschaft ist, durch die die Löhne zu Lasten des Haus- und Rentenkapitals niedrig gehalten werden. Die Arbeitslöhne müßten um 11—16 Prozent höher sein, wenn die Hausbesitzer eine dem Marktwert entsprechende Verzinsung erhalten würden, und wenn die private Bautätigkeit ohne Einschränkungen durchgeführt werden würde.

Der Bergwerksverein greift also in die Grundlagen seiner eigenen Kalkulation ein, auf der seine großen Gewinne beruhen. Der Grund seiner Bemerkungen liegt natürlich nicht in sozialen Sentimenten, sondern in dem Wunsch, auf Kosten der Arbeiter gegen die bestehenden Verhältnisse Sturm zu laufen.

Rußland vor einer neuen Hungerkatastrophe

Wie die Moskauer „Iswestija“ melden, steht ein Teil des Uralgebietes, des südlichen Wolgagebietes und der Nordkaukasus vor der Gefahr einer neuen Hungerkatastrophe. Nach den Berichten, die das Volkskommissariat für Landwirtschaft aus den genannten Gegenden erhalten hat, sind über 3 Millionen Dehjatinen Land von Hungersnöten heimgegriffen. Da sich die Hungersnöte mit großer Geschwindigkeit vorwärts bewegen, so wird die Befürchtung geäußert, daß etwa 8—10 Millionen Dehjatinen Saatfläche von den Hungersnöten vernichtet wird. Das Land steht somit — schreiben die „Iswestija“ — vor der fürchterlichen Gefahr eines Verlustes von über 200 Millionen Pnd Ernte, was zu einer kolossalen Verschärfung der Hungersnot führen wird.

M. SCHULMEISTER

Kottbuser Tor
Herrenanzüge M. 1575-3500
Herrenschlüpfer M. 1450-3000
Regenmäntel



Genua und die internationale Arbeiterklasse

Funktionärversammlung der USP.

Mit Genua und mit der Frage „Presse und Klassenkampf“ sollte sich die auf Donnerstag abend nach der Brauerei Königstadt einberufene Konferenz der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre der USPD, Groß-Berlin beschäftigen, da aber der für den zweiten Gegenstand in Aussicht genommene Referent, Genosse Dittmann, am Erscheinung verhindert war, ward dieser Punkt von der Tagesordnung abgesehen, um in allernächster Zeit vor dem gleichen Forum behandelt zu werden.

Ueber

„Genua und die internationale Arbeiterklasse“

sprach, wie in der gestrigen Ausgabe bereits kurz berichtet, Genosse Crispian. Er führte etwa aus:

Die Konferenz in Genua kann nur im Zusammenhang mit den weltpolitischen Fragen überhaupt betrachtet werden. Dabei dürfen wir uns nicht täuschen lassen durch die Begleitmusik der bürgerlichen Presse. Denn diese Begleitmusik ist Stimmungsmache. Leider beherrscht die bürgerliche Presse das Feld, weil noch kein internationales Informationsbüro der Arbeiterpresse zustandegewonnen ist. Und in der Nacht der Presse steht es, die Völker zu trennen und zu binden“, schrieb dieser Tage der Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“ aus Genua. „Seit dem Arzene hat sie leider von der Nacht, sie zu verschonen, so gut wie keinen Gebrauch gemacht.“ Auch nicht in ihrer Berichterstattung über Genua.

„Was kümmert uns Genua?“

Hört man sagen, als Proletariat haben wir von Genua wenig Gutes zu erwarten, aber vieles zu befürchten. In Europa gibt es noch viele ungelöste Fragen, meinte Lloyd George. Und diese ungelösten Fragen können, angesichts der kriegerischen Tendenzen in der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt leicht zu Komplikationen führen. Gewiß fördert die kapitalistische Gesellschaft zurück vor den Gefahren, die in der vollendeten Kriegswelt und in der Ausdehnung des Krieges (Luftangriffen mit Giftgasen usw.) auf der Zivilbevölkerung liegen, und vor sozialen Erhebungen infolge des Krieges, aber andererseits wirken auch bei einem Krieg die kapitalistischen Profite und der weitere Umstand, daß dem Proletariat der Militarismus in seiner ganzen Stärke entgegengefahren werden kann. Diesen Kriegstendenzen müssen wir

die Ideologie des Friedens

entgegenstellen. Hierbei ist zu unterscheiden zwischen dem bürgerlichen Pazifismus, der utopisch ist, und unserem auf der internationalen Solidarität der Arbeiter beruhenden Willen zum Frieden.

Das Geplänzel der Staatsmänner, das sich in Genua abspielt, erklärt nicht die tiefen Gründe und Gegensätze. Die große Arbeitslosigkeit, die Aufwendungen für die Arbeitslosen, der Produktionsausfall usw. beunruhigen die Kapitalisten. England ist Handels- und Industriestaat und braucht Absatzgebiete, wie es auf die Einfuhr von Lebensmitteln angewiesen ist. Darum ist es für den Aufbau Deutschlands und Rußlands, Frankreich ist nicht im gleichen Maße Handels- und Industriestaat. Als Industriestaat ist es England und Deutschland unterlegen. Durch einen ausgeprägten Militarismus will es sich eine Vorherrschaft in Europa sichern. Und die Vereinigten Staaten wollen für ihr angesammeltes Kapital ebenfalls ein Betätigungsfeld. Deshalb ein Interesse am Wiederaufbau Europas. Deutschland befindet sich in ähnlicher Situation wie Japan. Beide weisen eine große Bevölkerungsdichtigkeit auf, haben eine stark entwickelte Industrie, sind aber durch Holzschrauben gehalten, und können andererseits aus Gründen, die der Referent im Einzelnen ausführt, keine Menschen ausführen.

Diese Gegensätze spielen in Genua die Hauptrolle, während der „Gottesfriede“ und die Menschheitsfragen nebensächlicher Natur sind. Was

Rußlands Stellung in Genua

betrifft, so ist es gegenüber den kapitalistischen Staaten zu Zugeständnissen bereit. Es will die alten Schulden anerkennen — Zahlen steht allerdings auf einem anderen Blatt —, will Konzessionen erteilen, nur das Eigentumsrecht will es nicht garantieren. Dies geschieht indessen nicht des Kommunismus wegen: Der kommunistische Volkswirtschaftler Barga sah dies trefflich in die Parole der russischen Bauern zusammen: „Es leben die Bolschewiken, nieder mit den Kommunisten!“ Das heißt, die russischen Bauern sind für die Bolschewiken, weil sie ihnen Land geben, sie sind aber gegen die Kommunisten und den Kommunismus, weil sie davon eine Enteignung befürchten.

Neben dieser Eigentumsfrage, die die Konferenz zu sprengen droht, spielt das

Petroleum eine Hauptrolle.

Rußland ist neben Amerika das hauptsächlichste Petroleumland, und Petroleum wird infolge der immer größeren Verwendung der Dieselmotoren und der steigenden Delbetzung im Schiffsverkehr vielleicht bald der wichtigste Rohstoff sein. Wer die Petroleumproduktion beherrscht, hat eine ungeheure Macht. Radel sagte es ganz offen auf der Berliner Konferenz: Georgien wurde von uns (den Bolschewiken) in Besitz genommen des Petroleums wegen. Nun kam die Kunde, daß Rußland mit einer holländisch-englischen Petroleumgesellschaft einen Vertrag abgeschlossen hat. Darob Proteste, die England abweist. Andererseits wird die Haltung der 2. Internationale wesentlich dadurch bestimmt, daß die alte rechtssozialistische georgische Regierung Verhandlungen wegen der dortigen Petroleumquellen angebahnt hatte.

In der kapitalistischen Presse Deutschlands hat der Abschluß des

deutsch-russischen Vertrages

große Befriedigung ausgelöst. Er wurde als die erste deutsche Tat nach dem Arzene gezeichnet. Als die USPD, im Vorjahr die Annahme wirtschaftlicher Beziehungen mit Rußland forderte, waren unsere Nationalisten dagegen, angeblich, weil der Rirbach-Nord ungekühlt und weil solche Beziehungen gleichbedeutend mit der Anerkennung des Bolschewismus seien. Heute sind Nationalisten und Kommunisten für den Vertrag. Es gibt nur wenige kritische Stimmen in Deutschland. Auch die USPD kann nicht kritiklos zustimmen. — Der Vertrag ist abgeschlossen zu einer Zeit und unter Umständen, die eine Drohung bedeuten gegenüber der Entente. Nun erklärt die deutsche Regierung, sie hätte wegen der Verhandlungen Rußlands mit der Entente schnell den Vertrag abschließen müssen. Das ist aber falsch. Deutschland konnte vorher abschließen oder nachher, aber in Genua brauchte es ihn nicht abzuschließen. Darüber wird die Regierung Rede und Antwort stehen müssen. In Frankreich hat der Vertragsabschluss sehr ungünstig gewirkt. Und Trotskys Rede am 1. Mai, in der er nach Art des ehemaligen Kaiser Wilhelm von dem

Scharfgeschnittenen Schwert der Roten Armee

spricht und beifällig, gestützt auf den deutsch-russischen Vertrag wird die Rote Armee jeden Angriff zurückweisen. Das Echo auf diese Rede lautete in Frankreich: Nunmehr kann Frankreich nicht abräumen. Radel tat ein Abzusehen, indem er am 28. April vor den kommunistischen Funktionären in Berlin erklärte: Deutschland ist reif für den Bolschewismus. Und der kommunistische Landtagsabgeordnete Schula (Neukölln) deutete den Vertrag dahin: Mit der Entente werden wir Kommunisten fertig.

Zum Schluß behandelte Gen. Crispian die in Genua zur Erörterung kommenden Finanzprobleme, die

Vorschläge zur Stabilisierung der Mark und die Vorschläge der Sozialisierungskommission. Notwendig ist eine vollkommene Wirtschaftsreform im Sinne der Sozialisierung. (Stürmischer Beifall.)

Nachdem Gen. Rosenfeld noch kurz die bereits gestern veröffentlichte Resolution gegen die Ausweismaschine begründet und Gen. Wirth die Treibereien der Nationalisten gebührend gekennzeichnet, schloß Gen. Koch mit einem Appell zu eifriger Arbeit für die Partei und für die Parteiarbeit.

Nur für Parteigenossen!

Ein „Kur-Artiker“

Von Otto Beckerle

Der Artikel unseres Kollegen Künstler in der „Freiheit“ vom 6. Mai veranlaßt mich, einige Worte zum Ausbau unserer Organisation zu sagen:

Die alten Berliner Zahlabend haben viel dazu beigetragen, unsere alte Partei auf eine erfreuliche Höhe zu bringen und unserer Arbeiterpresse eine ansehnliche Zahl Mitglieder zu verschaffen. Gerade heute, wo die Abschaffung der Zahlabende droht, denke ich an jene uns lieb gewordenen Zusammenkünfte und an die kurzen, aber trefflichen Ausführungen, die uns unsere alten Genossen, deren manchen leider schon der Rasen deckt, gegeben haben. In jenen Zahlabenden erhielten wir die Taufe als Sozialisten, und jene Worte und Lehren wirken auf uns heute noch nach, besser als stundenlange Paradereden. Es ist uns schon lange bekannt, daß unsere Genossen an führender Stelle diesen Zahlabenden nicht freundlich gegenüberstehen. Ich will mich besser ausdrücken: sie wollen modernisieren bzw. reorganisieren.

Unter Zahlabendgruppen verstehe ich Gruppen, die wenigstens 20 Mann stark sind. Bei geringerer Zahl halte ich eine Zusammenlegung allerdings für das Richtige (wie es ja auch zum Teil heute schon besteht). Wie können wir solchen Gruppenabend besser gestalten? Ich fange an einer anderen Stelle an als Genosse Künstler. Die Distriktskonferenz muß umgestellt werden! Wir als Gruppenführer verlangen einen kurzen, aber richtigen Vorstandsbericht. Der ist meist in einer Stunde gut zu erledigen. Wir erhalten — wie früher — als Bezirksführer den Bericht vom Abteilungsleiter und kommen dann in der Konferenz evtl. schon mit sehr kurzen Bemerkungen aus. Nur muß aber in dieser Konferenz den Zahlabendleitern etwas geboten werden auf wirklich sozialistischem oder wirtschaftlichem Gebiete. Kräfte sind in jedem Distrikt genug vorhanden, aber leider schwänzen jene Genossen häufig. Gründe will ich nicht anführen. Und sind sie ort, dann bekommt das Wort „Phrasologie“, wie Künstler sich ausdrückt, den Höhepunkt. Ich lasse noch einmal zusammen: Einstündigen Vortrag, eine Stunde Diskussion. Zum Glück ist ja ein großer Teil unserer Bezirksführer in der Lage, den Zahlabend anregend zu gestalten.

Sehen wir uns als Praktiker die Vorschläge des Genossen Künstler an: Distriktsversammlung! Ich darf mich schließlich auch als eifriger Versammlungsbesucher einschätzen. Aber ich komme zu der Ueberzeugung, daß alle die Genossen, die zum Zahlabend erscheinen, niemals in der Distriktsversammlung sind. Nun wird man sagen: Sobald der Zahlabend nicht mehr ist, dann wird die Distriktsversammlung besser besucht sein. Wenn man mit derartigen Argumenten kommt, dann allerdings versteht man nicht

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Wichtigste Übersetzung von Gustav Scholz.
Amerikanisches Copyright 1916 by H. Holt & Co., Berlin

(70. Fortsetzung.)

Ein leichtes, spöttisches Lachen folgt seinen Worten. Wenn ich ihn zuweilen so anschau, ist mir, als stürzte ich in eine gähnende, dunkle Tiefe.

„Alle Menschen heiraten doch, Jakow — warum hast du es nicht getan?“ frage ich ihn.

„Was soll mir das Heiraten? Ein Weib bekomme ich immer, das ist, Gott sei Dank, sehr einfach. . . Hätt' ich geheiratet, so wär' ich an einen Ort gebunden gewesen, hätte den Acker bebauen müssen. Ich hatte nur wenig Land, und es taugte nicht viel, da hab' ich es an einen Onkel abgegeben. Die mein jüngerer Bruder von den Soldaten zurückkehrte, bekam er Streit mit dem Onkel — sie gingen vor Gericht, und das Ende von Liebe war, daß mein Bruder den Onkel mit einem Pfahl über den Schädel schlug. Blut hat er vergossen! Dafür kam er ins Gefängnis, auf anderthalb Jahre, und wie er erst einmal drauß gewesen war, fand er bald zum zweitenmal den Weg hin. Und ein so liebes, junges Fräulein hatte er — leid kann's einem tun. . .“

„Beteft du denn auch, Jakow?“ fragte ich einmal den Heizer.

„Gewiß bete ich. . . Sonderling du!“

„Wie beteft du?“

„Wie's kommt, mal so und mal so.“

„Welche Gebete sagst du her?“

„Gar keine. Ich kann überhaupt keine Gebete auswendig, sondern sage einfach: Herr Jesus, erbarm' dich meiner im Leben und sei mir gnädig nach dem Tode, bewahr' mich, o Herr, vor Krankheit. . . Und noch so einiges in der Art. . .“

„Was denn?“

„Na, was es auch sein mag, es erreicht ihn schon!“ Er behandelte mich freundlich, mit einer gewissen Neugier — wie einen gelehrtigen jungen Hund, der allerdings späßige Kunststücke machen kann. Manchmal sah ich des Nachts mit ihm zusammen auf, ein Duft von Erdbil, Rauch und Zwiebel — er war ein leidenschaftlicher Zigarettenraucher und sah diese Frucht roh wie Äpfel

— frömte von ihm aus. Und plötzlich forderte er mich auf:

„Na, Oljoha*, kleiner Stiff, sag' mal 'nen Vers auf!“

Ich kannte viele Verse auswendig und hatte außerdem ein dickes Best, in das ich alles eintrug, was mir von Gedächtnis fiel. Ich lese ihm den „Rufan“ vor, er hört, ohne mit der Wimper zu zucken, stumm und blind zugleich zu, hält förmlich den Atem dabei an und sagt dann leise:

„Ein hübsches, unterhaltames Märchen! Hat er das selbst ausgedacht, der Puschkin? Es gibt einen Herrn Muchin-Puschkin**, den hab' ich gekannt. . .“

„Das ist er nicht — den andern hat man schon vor langer Zeit getötet. . .“

„Warum?“

Ich erzähle ihm von Puschkins Tode das wenige, was mir Königin Margot erzählt hat. Er hört zu und sagt dann ruhig:

„Ja, wegen eines Weibes ist schon manch einer umgekommen. . .“

Häufig erzähle ich ihm alle die mannigfachen Geschichten, die ich aus den Büchern herausgelesen habe; sie sind in meinem Kopfe zu einer einzigen, endlos langen Geschichte zusammengewachsen, voll unruhigen, bunten, leidenschaftsbewegten Lebens, reich an tollkühnen Unternehmungen, an purpurrotem Edelmut, an märchenhaften Erfolgen, Zweikämpfen und Sterbeszenen, an hochherzigen Reden und gemeinen Schurkenstreichen. Rocambole nahm bei mir die ritterlichen Züge Lamolles oder Annibal Coconnes an, Ludwig IX. die Gestalt Vater Grandets. Der Kornet Otlestajew stieß mit Heinrich IV. in eins zusammen. Diese Geschichte, in der ich ganz nach Willkür die Charaktere der Menschen änderte und die Ereignisse umgruppierte, bildete meine besondere Welt, in der ich mich frei betätigte, wie der Gott meines Großvaters, der gleichfalls in den Dingen nach Herzenslust schaltete. Ohne mich daran zu hindern, die Wirklichkeit so zu sehen, wie sie war, und die lebendigen Menschen um mich herum

*) Josef von Nizza.
**) Der richtige Name heißt Russin-Puschkin.

in ihrem inneren Wesen zu erkennen, umgab mich dieses Chaos zusammengelesener Eindrücke mit einem zugleich durchsichtigen und trennenden Wolfenkleid, der mir ein Schutz ward gegen so manche böse Anstetzung und manches schlimme Gift des Lebens.

Die Bücher machten mich für vielerlei Uebel unempfindlich. Mein Wissen von der Liebe und ihren Leiden hielt mich davon ab, in den öffentlichen Säulern die wohlfeile Lust zu suchen, die dort für Jedermann dargeboten wurde; ich empfand einen Abscheu davor und bedauerte die Leute, die darin einen Genuß fanden. Rocambole lehrte mich standhaft sein und der Macht äußerer Umstände widerstehen, und die Helben von Dumas machten in mir den Wunsch lebendig, meine Kraft irgendeiner großen, wichtigen Lebensaufgabe zu weihen. Mein Lieblingsheld war der heitere König Heinrich IV. — auf ihn bezog ich Verangers prächtige Zeilen:

„Er tat den Bauern manches Gute
Und liebt auch selbst 'nen guten Wein —
Ist einem Volke wohl zumute,
Soll' fröhlich nicht sein König sein?“

Die Romane schilderten Heinrich IV. als einen guten Menschen, der es mit seinem Volke hielt; er war für mich die strahlende Sonne, die nach meiner Ueberzeugung Frankreich zum schönsten Lande der Welt machte, zum Lande der Ritter, gleich edel im Mantel des Königs wie im Wams des Bauern. Ange Pitou war für mich ebenso gut ein Ritter wie d'Aragnac. Heinrichs Ermordung entlodte mir bittere Tränen, und ich knirschte mit den Zähnen vor Wut und Entrüstung über seinen Mörder Ravallac. Dieser König war fast ausnahmslos mein Held, wenn ich dem Heizer eine Geschichte erzählte, und ich glaube, daß auch er Frankreich und seinen „Henrik“ liebte.

„Mach ein guter Mensch gewesen sein, dieser König Henrik“, sagte er, „mit dem konnte man Pferde stehlen gehen.“

Er unterbrach mich weder durch begeisterte Zwischenrufe noch durch Fragen, sondern hörte schweigend, mit gefenkten Brauen und unbeweglichem Gesichte zu — unbeweglich wie ein alter, moosbedeckter Stein. Hielt ich aus irgendeinem Grunde inne, so sagte er:

„Ist's aus?“ (Fortsetzung folgt.)

mehr die Stimme der Masse. Leider steht ein großer Teil unserer an führender Stelle stehenden Genossen nicht, was in Wirklichkeit in der Masse vorgeht und wie zugefaßt werden muß. Es ist durchaus nicht notwendig, daß derjenige, der den Zahlabend leitet, den Lautsitz oder Marx auswendig kennen muß. Oft, sehr oft, interessiert die Genossen ein kurzer Vortrag des Bezirksführers mehr als der eines Referenten; denn unsere Genossen haben das Bedürfnis, sich selber mehr zum Gehörten auszusprechen und dies jetzt mehr als früher. Jeder Bezirksführer weiß: wenn die Diskussion rege ist, wird sich der Bezirk vergrößern, und somit vergrößert sich auch unsere Partei. Diese Wahrnehmung werden sehr viele Genossen auch in anderen Bezirken gemacht haben.

Nun wenige Worte zum organisatorischen Kleinram:

Leider sind wir heute nicht mehr eine Partei, sondern zerplittert in drei Richtungen. Aber eins muß festgestellt werden: Die traurigen Ereignisse in der letzten Zeit in Ponto „Freiheit-Misere“ hätten auch den Parteigenossen in den größten Versammlungen mitgeteilt werden müssen. Ich will nicht die Behauptung aufstellen, daß wir bei der Spaltung besser gefahren wären, wenn wir keine Zahlabende gehabt hätten. Viele unserer leitenden Genossen wußten ja nicht, wohin, geschweige denn die anderen Genossen, die überhaupt nicht in der Lage gewesen wären, sich zu orientieren oder zu sammeln in jener Zeit, wenn nicht unsere Zahlabende gewesen wären. In den Zahlabenden haben wir durch praktische Arbeit noch gerettet, was gerettet werden konnte, und bei anderen Gelegenheiten ebenfalls.

Es ist tief bedauerlich, daß verschiedene Intellektuelle ihre Gruppenabende überhaupt nicht besuchen. Wir wissen ja aus Erfahrung, daß es Leute gibt, die ihre Talente nicht gern in kleineren Zirkeln entfalten. Nebenbei bemerkt, so viel Taftgefühl besitzt heute auch schon der Arbeiter, daß er das Rauchen einstellt, wenn er sich in einem kleinen und engen Raum befindet.

Zum Schluß noch folgendes: Bei großen Protestversammlungen in der alten Partei haben wir unsere Säle füllen lassen von denjenigen, die organisatorisch nicht zu uns gehörten, und wir demonstrierten vor dem Versammlungsraum. Heute müssen wir hinein, sonst kann es gelegentlich vorkommen, daß das Lokal nicht gefüllt ist. Also: Wieder da anfangen, wo wir vor acht Jahren aufgehört haben:

Agitation von Mund zu Mund!

Das heißt: mit wenigen Worten viel sagen. Das ist Kleinarbeit, und diese kann man nicht im großen Kreise erzielen. Einen Bau — mag er Sozialismus heißen — muß man schon von unten anfangen. Ich sage trotz alledem: Wir können gesunden, wenn dieses Fundament nicht stürzt.

Darum die Parole:

Hände weg von den Zahlabenden!!!

Bundestag ehemaliger Kriegsgefangener

In Nürnberg tagte der Bundestag der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener. Am ersten Verhandlungstag wurden nach Referaten der Bundesvorsitzenden Barzanti und des Bundesratsmitgliedes Bätefar-Mühlheim-Ruhr organisatorische Fragen besprochen. Ueber die finanzielle Gefundung der Reichsvereinigung sprach der 2. Bundesvorsitzende Dr. Givena.

Das Zukunftsprogramm erläuterte ebenfalls Dr. Givena. Er stellte folgende Forderungen auf: Anrechnung der Zeit der Gefangenschaft als Dienstzeit, uneingeschränkte Zuzahlung der allen Kriegsteilnehmern eingeräumten sozialen und wirtschaftlichen Vergünstigungen, beschleunigte Abwicklung der seitens der Nachfolger

zustehenden Guthaben und Entschädigung für die im Wiederaufbaubereich geleisteten Fronarbeit für die Kriegsgefangenen. Einen wichtigen Programmpunkt auf dem Gebiete der Selbsthilfe bildet der Ausbau des Unterstufungswesens nach dem Vorbilde der Hilfsbereitschaft in der Gefangenschaft; ähnlich soll sich die wirtschaftliche Gemeinschaftsarbeit in der Fürsorge für die Ainderwelt und in anderen sozialen Punkten zeigen. Die geistige Entwicklung soll durch allseitige Schaffung von Bildungsgruppen gefördert werden, wobei den central geleiteten Verbänden eine großzügige Arbeit zufällt.

Nach den während der Tagung gemachten Angaben ist der Abtransport der Kriegsgefangenen aus Rußland und Sibirien als beendet anzusehen. Die Zahl der noch in Frankreich zurückgehaltenen Kriegsgefangenen beträgt zurzeit 20, die sich im Port Salomane pros Toulon /Mer-Var befinden, wozu noch sechs uns namentlich bekannte Zivilgefangene kommen. Einer von diesen sollte sogar in eine Strafkolonie verlegt werden; gegen dieses Gebaren hat die Vereinigung scharfsten Protest eingelegt. An den deutschen Reichsfiskus wurde nach Genua ein telegraphischer Appell gerichtet, sich um die baldige Befreiung der Zurückgehaltenen zu bemühen.

Bund erblindeter Krieger

In den Räumen des Reichsamts für Arbeitsvermittlung waren am Mittwoch die Bezirksleiter des Bundes erblindeter Krieger aus allen Teilen des Reiches zusammengekommen, um über eine Teuerungsaktion zu beraten. Das Reichsarbeitsministerium und die Reichsregierung hatten einen Vertreter entsandt, ebenso waren sämtliche Reichstagsfraktionen und die Gewerkschaften vertreten. Ein Kriegsbinder legte in einem ausführlichen Referat die völlig ungenügende Versorgung der Kriegsblinden dar und erläuterte, was zur Beseitigung der schreiendsten Not geschehen müsse. Hervorzuheben ist, daß die Kriegsblinden in der Versorgung der Gruppe 1 der Beamtenbefolgungsordnung gleichgestellt zu werden wünschen, was selbst bei Berücksichtigung der finanziellen Not des Reiches gemährt werden kann. Ferner wünschen die Kriegsblinden kein Ruhen der Rechte, wenn sie unter Anspannung aller Kräfte noch einem Erwerb nachgehen; denn nur so kann die Arbeitsfreudigkeit bei den Schweregräbsten des Weltkrieges erhalten und gehoben werden. Die Bedürftigkeit soll nicht in die Kriegsbeschädigtenversicherung eingeführt werden, wie ein Entwurf des Arbeitsministeriums dies vorseht, da die Kriegsblinden sich nicht als Arbeitsunfähige betrachten sehen wollen.

Die Dringlichkeit der Wünsche wurde in der Diskussion, in der die Bezirksleiter aus Bayern, Preußen, Baden usw. zu Wort kamen, durch erschütternde Beispiele so furchtbar beleuchtet, daß sich die Anwesenden sichtlich unter dem Druck dieser schreienden Not befanden. Der Vorsitzende des über Ausschusses des Reichstages gab unter diesem Eindruck unumwunden zu, daß er sich für die Durchsetzung der Wünsche einsetzen werde, und daß unbedingt für die Kriegsblinden besondere Maßnahmen erforderlich seien. Es wurde eine Entschleunigung, die durch amtliches Material die Wünsche der Kriegsblinden kurz beleuchtet, einstimmig angenommen und der Reichsregierung, dem Reichstag und den anwesenden Vertretern der Gewerkschaften überreicht.

Dampferbauten auf Reparationskonto

Zwischen Vertretern der Reichsregierung und dem Maritime Service der Reparationskommission haben in Paris vor längerer Zeit Verhandlungen über die Schiffsbauten stattgefunden, zu deren Ausführung Deutschland durch den Versailler Vertrag verpflichtet ist. Diese Verhandlungen sind, wie die Korrespondenz Simon erzählt, nunmehr im wesentlichen zum Abschluß gekommen. Mit Frankreich wurde der Bau eines Personendampfers von 10000 Bruttoregister-tonnen vereinbart, während die Verhandlungen über den Bau eines weiteren Personendampfers von etwa 14000 Tonnen schweben. Ebenso bestehen noch gewisse Schwierigkeiten in den Verhandlungen mit Italien. Es handelt sich hier um einen gegenwärtig im Bau befindlichen Dampfer „Anfonia“, dessen Anrechnung auf die Pflichtenbauten Deutschland fordert. Mit England wurde hinsichtlich der Gutschrift für die Embargoschiffe vereinbart, daß die Entscheidung der Reparationskommission angerufen werden soll. Von deutscher Seite wurde die Gutschrift dieser Schiffe auf die laufenden deutschen Reparationsleistungen verlangt, während der Maritime Service sie nur von der Gesamt-

schuld Deutschlands abschreiben will. Bei den weiteren Verhandlungen hat sich die deutsche Regierung grundsätzlich bereit erklärt, über die Pflichtenbauten hinaus im Wege freier Vereinbarung ungefähr 20000 Tonnen gemischten Schiffsbau für die griechische Regierung unter Anrechnung auf deren Reparationsanteil zu bauen. Ueber diese Frage sollen weitere Verhandlungen in Berlin stattfinden.

Zur Durchführung des Fischereiaabkommens kam eine vorläufige Vereinbarung zustande, die festsetzt, daß pro Tonne eines normalen Dampfers 800 Goldmark für Deutschland gutgeschrieben werden, und daß je die Anteile Frankreichs auf 5041 Tonnen und Italiens auf 424 Tonnen angelegt wurden.

Das Beamtenrätegesetz im Ausschuh

Die erste Lesung auf Antrag der Rechtssozialisten gewaltsam beendet

Trotzdem die sachliche Beratung des Beamtenrätegesetzes in erster Lesung noch nicht zu Ende geführt worden war, hat der 23. Ausschuh des Reichstages gestern gegen den energischen Widerstand unserer Genossen auf Antrag der Rechtssozialisten die unvollständige Gesetzesvorlage in erster Lesung verabschiedet. Alle Verbesserungsvorschläge unserer Fraktion, betreffend den Schutz der Beamtenräte, die Entscheidung und Schlichtung von Streitigkeiten und die Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes auch auf die Beamtenräte, die dauernd und überwiegend Beamtendienste verrichten und auf Grund des § 13, Absatz 4 des Betriebsrätegesetzes dem V.R.G. einbezogen sind (etwa 100000 Arbeiter) wurden mit Hilfe der Rechtssozialisten nicht beschleunigt, sondern im Gegenteil verzögert und das 2. die Gefahr besteht, daß durch die Ausschaltung der U.S.P.D. die Gesetzesvorlage noch mehr verschlechtert wird, haben es nicht vermerkt, die Rechtssozialisten davon zu überzeugen, wie sehr ihr Vorgehen geeignet ist, die Interessen der Beamten zu schädigen. Sie hatten es furchtbar eilig, unter Ausschaltung unserer Fraktion den Anshandel mit den Bürgerlichen zu beginnen. Die Zukunft wird zeigen, daß durch dieses Vorgehen keineswegs den Beamteninteressen gedient war. Die Beamten mögen sich dann bei den Rechtssozialisten für alle aus deren Verhalten entspringende Verletzungen bedanken.

Ein Antrag unserer Fraktion, sofort in die zweite Lesung einzutreten, wurde gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt.

Die blau-weiße Judenfahne

Bisher hatten wir geglaubt, Blau-Weiß sei die bayerische Landesfarbe, auf die namentlich die Wittelsbacher und die reaktionäre Ordnungspolizei besonders stolz sind. So wenigstens hielten wir es in verschiedenen Reden, die die Wittelsbacher und die Eschwege gehalten haben. Durch den Herrn Alfred Roth, den Hauptgeschäftsführer des Deutschösterreichischen Schutz- und Trutzbundes, werden wir nun eines andern belehrt. In einem Aufsatz schreibt er:

In Genua kommt auch rein äußerlich schon der jüdische Anstrich der Konferenz zum Ausdruck. Wie die „Süddeutsche Zeitung“ (Nr. 140) berichtet, ist „Das blaue Feld mit dem weißen Stern das Abzeichen der Abordnungswagen“. Der Stern ist der Davidstern. Juda hält es also nicht mehr für nötig, in dieser Hinsicht noch etwas zu verschleiern. Blau und Weiß sind die Judenfarben!

Nach dieser Entdeckung des Herrn Roth wird Bayern unbedingt seine Landesfarben ändern müssen. Denn es ist ein undenkbares und unheilbarer Zustand, daß die Eschwege und die Wittelsbacher unter der Judenfahne sich noch länger sammeln.

Eisner und Bismarck

Die folgenden Ausführungen stehen einem Vergleich zwischen der Redigierung der von Eisner verfaßten Dokumente über Deutschlands Schuld am Weltkrieg und der berühmten von Bismarck redigierten Depesche, die unmittelbar zum Krieg proklamieren sollte. Während die nationalitätliche Welt Deutschlands sich nicht genug tun kann, Eisner als einen Häßlicher zu bezeichnen, ist es unsere Pflicht, mit aller Deutlichkeit das Unvermögen dieses edlen Mannes in Bezug zu nehmen. Eisner hat tatsächlich keine Veränderungen an den Dokumenten vorgenommen, die man auch nur im entferntesten als Fälschung bezeichnen kann. Er hat ein bayerisches Gerücht nicht über sich, ist doch völlig gleichgültig. Aber wir benutzen diese Gelegenheit gern, um die weitgeschichtliche Fälschung Bismarcks hinzurechnen, auf die jeder deutsche Patriot stolz ist, weil sie zum Krieg führte, während Eisners Herausgabe der Dokumente den höchsten militärischen Zweck verfolgte, nämlich die Entlastung des größten Verbrechen der Weltgeschichte: Deutschlands Hauptschuld am Krieg.

Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe. Das Sprichwort ist älter als unsere Zeitrechnung, gilt aber heutzutage ebenso wie zur Zeit seiner Entstehung. Wer wäre nicht an dieses Wort in den Tagen des Münchener Fackelzug-Eisner-Prozesses erinnert worden, wenn seine geschichtliche Erinnerung ihn an eine ähnliche Sache vor 52 Jahren zurückdenken ließ, an Bismarck und seine Eisner Depesche. Wie war's doch noch? Bismarck war wegen der „Nachgeliebtheit“ Wilhelm's I. dem französischen Gesandten Benedetti gegenüber zum Rücktritt entschlossen. Er teilte diese Absicht seinen Tischgästen Rolke und Roon mit, die sehr niedergeschlagen waren, nicht ein gleiches tun zu können. Da wird ein Telegramm aus Ems gebracht. Bismarck versteht so tief, daß die Speise und Trank verschmähen. Bismarck selbst ließ das Telegramm wieder und wieder. Da zeigt ihm die Gemächigung des Königs, den Inhalt des Altenstücks den Gesandten und der Presse mitzuteilen, den erwünschten Ausweg. Zunächst richtet er einige Fragen an den Generalstabchef über die Kriegsbereitschaft des preussischen Heeres, dann legt er die amtliche Mitteilung auf. „Er sagt nichts hinzu und er ändert nichts“, wie er selbst sagt, er läßt aber das 1902, was eine Weiterverhandlung mit Frankreich erwidert hätte, er macht aus 50 Zeilen vier Zeilen (Lucius von Wallhausen, Erinnerungen S. 91). Quantitativ war die Kürzung, wenn von einer solchen überhaupt noch die Rede sein kann, beträchtlich. Und qualitativ? Ueber die Wirkung seines Schriftstückes ist sich Bismarck vollkommen klar. Sagt er doch von der Depesche (Gedanken und Erinnerungen II S. 91): „Sie erschien als eine abschließende Rundschreibung, während die Redaktion Absicht nur als ein Bruchstück einer schwebenden und in Berlin fortwährenden Verhandlung erschienen sein würde!“ Kürzer und treffender drückt Rolke

es aus: „So hat das einen anderen Klang, vorher klang es wie Schamade, jetzt wie eine Fanfare“. Als Bismarck 1876 im Freundeskreise auf die Sache zurückkam, äußerte er sich also: „Niemand mußte, welche Schwierigkeiten es gemacht habe, den König zum französischen Krieg zu bringen. Er habe in Ems Benedetti alles konzediert, was jener gefordert habe. Das betreffende Telegramm habe er (Bismarck) in Berlin empfangen, gerade wie Rolke und Roon bei ihm anwärt haben. Beide hätten die Gabeln hingelegt und nicht mehr essen mögen. Es sei ein zweites Dimas schlimmer Art gewesen. Er habe dann aus dem 50 Zeilen langen, zur Publikation bestimmten Telegramm ein solches von vier Zeilen gemacht und publiziert, was wie eine grobe Abweisung französischer Ueberhebung geklungen und zum Krieg geführt habe.“ Bismarck selbst bekräftigt diese Äußerung in seinen Gedanken und Erinnerungen II S. 91. „Die Depesche sollte nicht nur wegen des Inhaltes, sondern auch wegen der Art der Verbreitung den Eindruck des roten Tuches auf den gallischen Stier machen.“ Wilhelm I. war daher entsetzt über den Bismarck'schen Ton und sagte zu dem Minister von Eulenburg: „Das ist der Krieg!“

Das das Eisner'sche Schriftstück dieselbe Wirkung gehabt? Hat wirklich Clemenceau daraus seine Behauptung von der Schuld Deutschlands begründet? In der Einleitung des Friedensvertrages von Versailles steht es ganz anders, und das sind leider unumstößliche Tatsachen: „Der Krieg hat in der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien vom 28. Juli 1914 und in den Kriegserklärungen Deutschlands an Rußland vom 1. August 1914 und an Frankreich vom 3. August 1914 sowie in dem Einfall Deutschlands in Belgien seinen Ursprung.“

Aber dessenungeachtet wird man fortfahren Bismarck zu verherrlichen und Eisner als Vaterlandsverräter anzusehen. G.

„Einen Jux will er sich machen“, die uralte Fosse von Johann Retron erlebte in den „Kammerspielen“ ihre Auferstehung. — Auferstehung? Ach nein, leider nicht! Man verstand es nicht, sie zu neuem Leben zu erwecken. — Man kann diese alte Fosse entweder mit dem kindlichen Humor und der harmlosen Fröhlichkeit spielen, mit der sie damals gedichtet und gespielt wurde. Aber dazu muß man eben kindlich und harmlos fröhlich sein können. Und das können von uns leider nur sehr wenige und von den Berliner Schauspielern kann es kaum einer. Oder man kann diese Kindlichkeit und Naivität einer ewigen, anderen Zeit aus der Vogelperspektive des vorgeschrittenen, entwickelteren, kri-

tischeren Menschen anschauen, sie schauspielerisch übertreiben und parodieren. Die Aufführung der Kammerspiele (Regie: Karl Gillingner) verfuhrte von beidem ein bißchen und brachte ebenfalls nicht Recht zustande. Obwohl die Herren Brausefetter und Eshofer, die Damen Thies, Rus und Stupfer mit gutem Humor sich alle Mühe gaben. Auch die gemalten Dekorationen von Johann Heerfeld waren zu zaghaft parodistisch.

Und ich dachte den ganzen Abend mit Wehmut an eine Aufführung dieser jenseitigen Fosse in den Münchener Kammerspielen unter der Regie Eugen Roberts. Das war vor zehn Jahren. Und es war nicht nur einer der komischsten, sondern der wertvollsten Theaterindrücke, die ich überhaupt gehabt habe. Ja, das war parodiert! Mit Wit und Laune parodiert! Von dem wackligen, mit biden Engeln bemalten Theatervorhang, der nie rechtzeitig auf- und niederging, bis zu der großen Opernjene im vierten Bild, zu der der Kapellmeister Notenblätter an die Schauspieler verteilte ließ und die mit einem Ensemble-Gesang von solch irrflüchtiger Disharmonie endete, daß nur ein dreimaliger Tusch der Kapelle dies melodische Geheul zu überhören vermochte. — Und Ida Roland war die Frau von Fischer! Und der Hausknecht war Karl Goch! Ein Schauspieler von jener tragischen Komik, wie es ihn in ganz Deutschland nicht mehr gibt, seit Viktor Arnold tot ist. Wo mag dieser Karl Goch heute sein? Berlin kennt ihn nicht. Berlin kennt nur die kümmerlichen Reste des damals so begabten Regisseurs Robert und die verunglückten humoristischen Anstrengungen der „Kammerspiele“. Und ich denke mit Wehmut an den ersten, den menschlich-komischen Retron und den menschlich-komischen Karl Goch. Hans Siemen

Vollständige Opernvorstellungen. Sonntag, den 14. Mai, nachm. 3 Uhr, beginnen im Wallner-Theater vollständige Opernvorstellungen unter Leitung von Felix Mösler, Kapellmeister Guth und unter Mitwirkung von Kräfte der Staatsoper sowie des Blüthnerorchesters. Zur Aufführung gelangt Carmen. Karten fand bei den Gewerkschaften sowie in der Buchhandlung „Arbeit“, Breite Straße 8/9, zu haben.

Tages-Notizen

Die Arbeiter-Rath-Kassellung, Petersburger Straße 30, zeigt im Monat Mai: Stadtblatt und Stadtblatt von Sella Halle. Die Stadtblattung ist täglich (auch Sonntags) von 10 Uhr vormittags bis 7½ Uhr abends geöffnet. Eintritt frei!

Beitragende. In der am Sonntag, den 20. Mai, abends 8 Uhr, in der Opernstraße stattfindenden Aufführung der „Kammerspiele“ unter Leitung von Dr. Carl Jander mit dem Berliner Theaterchor und dem Blüthner-Orchester wirken sichtlich mit: Martha Thamer-Oster, Paula Bremer-Jensen, Paul Bauer, Kammerfänger Werner Engel, Alfred Gödel.

Groß-Berlin

Die Rede des Stadtkämmerers

Nachstehend geben wir die Ausführungen des Stadtkämmerers Dr. Karding in der vorgeschlagenen Stadtverordnetenversammlung wieder, die wir vorgestern wegen Raum-mangels zurückstellen mußten. Dr. Karding führte aus:

Die ordentliche Verwaltung 1922 erfordert eine Gesamtausgabe von rund 11½ Milliarden gegen rund 6 Milliarden im Vorjahre. Diese Steigerung bleibt noch zurück hinter der Geldentwertung in dem gleichen Zeitraum. Demgegenüber zeigt die Verdoppelung den Umfang der Einschränkungen auf anderen Gebieten. Bezeichnend hierfür ist die Verzögerung der Anleiheausgaben (1920 bis 1921, 1921 bis 783 1922 bis 254 Millionen). Dabei warten noch für 1-2 Milliarden dringende Anlagen der Fertigstellung oder Inangriffnahme, ohne den Geldbedarf der Straßenbahn und der Straßenunterhaltung bis auf 1/2 und 1/3. Die Hauptursache für diese schwierige Lage her vorgerufen wird die

Zurückdrängung der Gemeinden auf einen Anteil der Reichseinkommensteuer.

Die Ausgaben im Gesamthaushalt sind gegen 1919 auf das Doppelte gestiegen, die Anteile aber an der Reichseinkommensteuer und allen unter anderen Namen eingestellten Zuschüssen des Reiches nur auf das Doppelte. Hier zeigt sich der ungleiche Nachteil, den die Gemeinden durch die Reichsfinanzreform erlitten. Unumgänglich nötig bleibt eine stärkere Beteiligung der Gemeinden an den großen Reichsteuern.

Bei dem Vergleich der Staatszahlen der Bezirke fällt auf, daß sowohl die Ausgaben auf den Kopf der Bevölkerung als auch die Steigerung des Bedarfs das Vorjahr bei den kleinsten Bezirken am größten ist. Die Bezirke über 140 000 Einwohner geben 830 Mk. auf den Kopf aus, die Bezirke von 70- bis 140 000 Einwohner 1010 Mk., die kleineren Bezirke 1210 Mk. Die Bedarfssteigerung in den 3 Gruppen ist 41 Prozent, 73 Prozent und 84 Prozent, das sind sehr auffallende Zahlen. Sie zeigen, daß die Bezirke, um so billiger wirtschaften können, je größer sie sind. Da die stärkste Einnahmequelle der Stadt, die Gewerbesteuer zu 1/2 aus Alt-Berlin fließt, so ergibt sich weiter, daß jetzt im großen Umfang Alt-Berlin die Mittel für die Augenbezirke aufbringen. In Zehlendorf z. B. würde ohne Groß-Berlin eine Gebühr von 120 Prozent erhoben werden müssen statt der einheitlichen Gebühr von 20 Prozent für die ganze Stadt. Die Vorteile Groß-Berlins können überhaupt einmal kräftig unterstrichen werden. Sie beschränken sich nicht auf die Vereinheitlichung und Zusammenfassung des ganzen Verwaltungssystems. Wertvoller ist die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit durch geschickte Verteilung der vorhandenen Einrichtungen. Es konnten bisher 2 Gaswerke, 2 Wasserwerke, 3 Elektrizitätswerke still gelegt und durch wirtschaftlicher arbeitende Nachbawerke ersetzbar gemacht werden. Für weitere 2 Gaswerke und 2 Elektrizitätswerke steht dies bevor. Bei der Stadtentwässerung werden eine ganze Anzahl selbständiger Pumpwerke durch Zusammenlegung und geschickte Verteilung überflüssig.

Auch in den Betrieben hat die Wirtschaftlichkeit zugenommen. Besonders durch

Berminderung des Personals.

Vom 1. Oktober 1921 bis 1. Januar 1922 hat die Zahl der nichtständigen Angestellten um über 2000, die der Arbeiter um über 3000 abgenommen. Seit dem 1. Januar 1922 ist eine weitere Verminderung um etwa 2½ Tausend erfolgt. Im einzelnen beschäftigen die Alt-Berliner Gaswerke jetzt 1200 Kräfte weniger als vor einem Jahre, die Straßenbahn rund 2800 Kräfte weniger, während die Einschränkung des Verkehrs wesentlich geringer sich darstellt.

Bei den Beamten ist eine Steigerung der Leistung durch die Einführung der achtstündigen Dienstzeit erreicht worden. Der Abschluß des Beamtengruppenplanes und die Verhandlung über die wichtigsten Teile des Arbeitermanteltarifens sind wertvolle Ergebnisse.

Die Verminderung des Personals beruht zu einem erheblichen Teil auf dem recht günstig vorgeschrittenen

Abbau der Kriegswirtschaft.

Ursprünglich bestanden in Groß-Berlin 1507 Kriegskonten, im Juli 1921 bei der Einrichtung der Abwicklungsstelle noch 976, Ende April 1922 war die Zahl auf 66 herabgegangen.

Der Gesamtverlust aus der Kriegswirtschaft beträgt etwa 1900 Millionen, wovon bisher rund 1200 Millionen teils von Reich übernommen, teils in den Anteilbezug überführt sind. Für 1922 sind noch 60 Millionen im Anteilbezug vorgesehen. Bei dem völligen Darniederliegen des anteilnehmermäßigen aber eine teilweise Deduktion aus dem Ordinarium sich nicht vermeiden lassen.

Der Mangel an Mitteln und der Wunsch Kaufmannischer Führung des Betriebes hat zur Bildung städtischer Gesellschaften mit besonderer Rechtspersönlichkeit geführt (Schlachtensteinwerke, Anschaffungsbau, Nord-Süd-Bahn).

Ertrag der städtischen Werke

ist hinter den Erwartungen jedesmal zurückgeblieben. Dagegen ist es völlig unrichtig, wenn der Stadtverordnete Koch im „Tag“ fälschlich erklärt hat, daß die großen Werke jährlich Hunderte von Millionen Mark Verlust jährlich Hunderte von Millionen forderten. Das wird nur eintreten, wenn wieder eine falsche Tarifpolitik befolgt wird, wie sie erst kürzlich Generaldirektor Wulff bei der Straßenbahn vor ihrer Verstaatlichung getadelt hat. Die Berliner Tarife sind nicht höher als im übrigen Deutschland. Anfang März 1922 hatten von 112 deutschen Städten über 1/3 bereits einen Gaspreis über 3,50 Mk., als er in Berlin noch 2,30 Mk. war.

Für Wohnungs- und Siedlungsarbeiten sind 1922 die Einnahmen aus der Wohnungsbauabgabe eingestellt worden. Für Kostendarbeiten sind besondere Beträge nicht vorgesehen. Die Zahl der Erwerbstätigen, die im August noch 108 000, ist seitdem ständig herabgegangen und betrug im März 1922 noch 42 000. Erst bei Besserung des Marktlages ist eine erhöhte Arbeitslosigkeit zu erwarten.

Schulden der Stadt Berlin

haben am 31. März 1922 428 Milliarden betragen, das sind rund 400 Millionen mehr als am 31. März 1921. Die Gesamtbilanz der Stadt hat sich aber nicht verschlechtert. Am 31. März 1920, für den die letzte Zusammenfassung vorliegt, betrug das Gesamtvermögen 4723 Milliarden, die Gesamtschulden 3777 Milliarden. Es bestand also und besteht noch heute ein Ueberschuß von rund 1 Milliarde, wobei die Wertgegenstände noch in Goldmark angelegt sind. Die Umwandlung der schwebenden Schulden, die noch 1764 Millionen betragen, in eine feste, ist trotz aller Bemühungen nicht geglückt. Die glatte Abwicklung der hollän-

dischen Guldenanleihe (Kaninchen-Anleihe) und die sorgfältige Innehaltung der 35 Prozent-Grenze bei der Inanspruchnahme der Sparkasse (am 31. Oktober 1921 rund 34 Prozent, am 31. März 1922 rund 32 Prozent) hat den Kredit der Stadt Berlin günstig beeinflusst.

Im ganzen hat der vorgelegte Haushalt das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben hergestellt, aber allerdings auf unsicherer Grundlage. Die neue Verwaltungsstelle ist nur unvollkommen berücksichtigt, der Haushalt der Straßenbahn durch Ablösung des 4-Marktarifes über den Haufen geworfen. Wenn die Zuschüsse des Reiches und die Anteile an den großen Reichsteuern nicht stärker ausfallen, so wird die Stadt abermals vor der Notwendigkeit einer verhängnisvollen Einschränkung stehen. Wir werden versuchen, den einzelnen Verwaltungen, namentlich den Bezirksverwaltungen, erheblich größere Bewegungsfreiheit dadurch zu geben, daß die Haushaltsansätze in großem Umfang untereinander übertragbar erklärt werden, damit ist 1922 begonnen und wird im nächsten Jahre verstärkt damit fortgesetzt werden. Im übrigen wird die Verwaltung in allen ihren Teilen die größte Aufmerksamkeit einer Vereinfachung der allgemeinen Verwaltung und einer Verbilligung und Beschleunigung des Geschäftsganges zuzuwenden haben. Ebenso wie die Betriebe der Stadt ihre Wirtschaftlichkeit überall werden erheblich erhöhen müssen. Von größter Wichtigkeit bleibt dann die Vermeidung weiterer Verschuldung, die bei einer Verschlebung des Geldwertes die städtische Wirtschaft drohen könnte.

Auch die Gemeinden sind im stärksten Maße abhängig von der Entwicklung der deutschen Geldwirtschaft. Sinkt der Geldwert, so steigt gerade in den Städten die Verelendung. Steigt er, so beginnt neue Arbeitslosigkeit und ernste Gefahr für das ganze Erwerbsleben. Das Trübsale aber wäre, hieraus zu folgern, daß die Verwaltungen nun die Hände in den Schoß legen sollten. Je schwächer die Kräfte, um so stärker müssen sie angespannt werden.

Zu unserem gestrigen Stadtverordnetenbericht ist noch nachzutragen, daß sich die Sitzung bis nach Mitternacht hinzog. Nach den Schlussworten der kommunistischen, unabhängigen und deutschnationalen Redner mußte vor der Abstimmung die Sitzung wegen Versäumnisfähigkeit verlagert werden.

Die Elternbeiratswahlen

Um den gesetzlichen Vorschriften zu genügen, finden jetzt für alle Schulen Elternversammlungen statt, einberufen von den Direktoren im Einvernehmen mit den Elternbeiräten. Aber auch die sozialistischen Elternbeiräte rufen gemeinsam zu Elternversammlungen auf, um für die sozialistischen Einheitslisten zu den in diesem Monat stattfindenden Elternbeiratswahlen Propaganda zu machen. Ihrer Wichtigkeit wegen werden wir diese Versammlungen im lokalen Teil ankündigen. Für alle Genossen und auch unsere Leser, die für das sozialistische Schulideal eintreten, ist es Ehrenpflicht, sich an diesen Versammlungen geschloffen zu beteiligen.

Elternversammlungen.

5. 6. Distrikt. Montag, 15. Mai, öffentliche Elternversammlung, Schulaula, Turmstr. 86, pünktlich abends 7 Uhr: Die Elternbeiratswahlen. — Dienstag, 16. Mai, öffentliche Elternversammlung, Schulaula, Dönhofsstr. 115, abends 7 Uhr: Die Elternbeiratswahlen.

Ein wichtiges Buch für Elternbeiräte und Erzieher.

Im Verlag der Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C. 2, erschien soeben die 2. veränderte Auflage der Schrift „Sozialistische Schul- und Erziehungsfragen“. Verfasser ist der bekannte, im Mittelpunkt der Berliner Schulkämpfe stehende Pädagoge und Kulturpolitiker Dr. Kurt Löwenstein. Die Schrift ist bei ihrem Erscheinen für weite sozialistische Kreise grundlegend gewesen und hat auch über den Rahmen der sozialistischen Kreise hinaus Anerkennung gefunden und zu interessierten Nachdenken angeregt. Da die 1. Auflage seit 3 Jahren vergriffen ist, entspricht die Neuauflage einem dringenden Bedürfnis. Die Schrift hat wesentliche Berichtigungen in der Darlegung der augenblicklich höchst aktuellen Fragen (Vergewaltigung zum Artikel 146, 2 (Reichsschulgesetz), Aufbauschulen, Lehrmittel, Schulgeld und dergleichen mehr) erfahren.

Die einflussreiche Stellung, die der Verfasser als Reichstagsabgeordneter und praktischer kommunaler Verwaltungspolitiker in allen Schul- und Kulturfragen innehat, die wissenschaftliche Zuverlässigkeit und die klare und gedankensreiche Sprache werden auch der neuauflagegen Schrift in den Kreisen der Kulturpolitiker, der Lehrer, Elternbeiräte und Eltern dankbare Leser sichern; sie wird darüber hinaus für jeden, der sich über die grundsätzlichen sozialistische Einstellung in Schul- und Erziehungsfragen unterrichten will, ein sicherer und unentbehrlicher Führer sein.

Die Schrift kostet im Buchhandel 30.— M. Organisationen erhalten sie, wenn bis 30. Mai bestellt, zum Vorzugspreise von 20.— M. Bestellungen sind zu richten an die Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C. 2, Breite Str. 8-9. Derselbe Ermäßigung tritt für Elternbeiräte, die sich ausweisen können, ein.

Gegen die übermäßigen Preissteigerungen.

Uns geht folgende amtliche Mitteilung an: In letzter Zeit sind in Lebensmittelgeschäften zahlreiche Verhöfe gegen die Bestimmungen der Bekannmachung über die äußere Kennzeichnung von Waren vom 18. Mai 1918 und 26. Mai 1918 festgestellt worden. Die Geschäftsinhaber verkaufen Markenartikel, wie Kaffee-Erfrischmittel usw., Milchkonserven, Schokolade, Kakao, Ketsch, Pudding- und Backpulver u. a., die vom Hersteller zu einem festgesetzten Kleinverkaufspreis geliefert werden, zu einem höheren als auf der Ware vom Hersteller angegebenen Preise. Vielfach wird die Preisangabe auch beiseite oder durch Ueberschreibsel unkenntlich gemacht. Abgesehen von den Verhöfen gegen die angegebenen Bestimmungen liegt in solchem Falle stets eine übermäßige Preissteigerung vor. Der festgesetzte Kleinverkaufspreis darf auch bei einem späteren teureren Bezuge der gleichen Ware keinesfalls durch Bildung von Durchschnittspreisen erhöht werden. Die Schuldigen werden in jedem Falle der Bestrafung zugeführt. Außerdem haben sie infolge der bei wiesenen Unzuverlässigkeit den Ausschluss vom Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs zu gewärtigen. Die in Frage kommenden Geschäftsinhaber seien daher gewarnt.

Erhöhung der Hochbahnfahrpreise. Die Hochbahngesellschaft hat eine weitere Erhöhung der Tarife für ihre Hochbahnstrecke Warschauer Brücke bis Lichterberg beantragt und diese am 29. April 1922 vorbehaltlich der Zustimmung der städtischen Abverfassungen zur Einführung gebracht. Die Erhöhung ist wie folgt durchgeführt: Einzelschiffchene von 1,50 M. auf 2.— M., Monatskarten von 85 M. auf 110 M., Schülerkarten von 20 M. auf 25 M., Postkarten von 24 M. auf 30 M., Wochenkarten für 12 Fahrten von 15 M. auf 20 M., Kinderfahrchene (neu eingeführt) 1 M. Der Anstufungspreis im Uebergangsverkehr mit der Hochbahn soll mit 50 Pf. unverändert bleiben. Die Hochbahngesellschaft begründet die beantragte Tarifier-

höhung mit der weiteren Steigerung ihrer Betriebskosten. Da die Hochbahngesellschaft nach Durchführung der beantragten höheren Tarife immer noch erheblichen Zuschüssen für den Betrieb ihrer Hochbahn gezwungen ist, hat der Magistrat der Erhöhung der Tarife wie beantragt zugestimmt und der Stadtverordneten-Versammlung eine entsprechende Vorlage eingereicht.

Die Vorkänge in der Schule Senefelder Straße. Die städtische Schuldeputation legt Wert darauf festzustellen, daß nach eingehender Prüfung der Verhältnisse dem Leiter der Schule Anweisung gegeben worden ist, bei der Verabreichung von Schülerräumen an die sozialdemokratischen und kommunistischen Jugendgruppen und den Bismarck-Bund paritätisch zu verfahren und vorläufig von der Abhaltung öffentlicher Versammlungen dieser Gruppen Abstand zu nehmen. — Warum das „vorläufige“ Verbot?

Das Lustbad des Ostens in Friedrichshagen wird am Sonntag, den 14. Mai, nachmittags 5 Uhr, mit einem Vortrage über den Wert des Luftbades eröffnet werden, wozu jedermann bei freiem Zutritt willkommen ist. — Im Kurpark, dicht am Bahnhof, gelegen, bietet das Lustbad mit seinem prächtigen alten Baumbestand und dem Blick auf das idyllische Erpelal bei mäßigen Eintrittspreisen einen angenehmen Aufenthalt. Turngeräte, Sandspielplätze, Brausen, Herren- und Damenbad sind vorhanden.

Schulspeisung in Neukölln. Mit Beginn des Monats Mai ist in Neukölln mit der Wiedereinführung der Schulspeisung begonnen worden. Sie erfolgt diesmal unter Angliederung an die Quäkerpeisung, und zwar dergestalt, daß noch im Laufe des Monats sämtliche Lehranstalten einschließlich der höheren Schulen mit den erforderlichen Essensportionen beliefert werden können. Die von den Schulärzten besonders ermittelten Teilnehmer erhalten gegen Zahlung von 1 M. je 1/4 Liter Kakao oder Wehlpeise und 1 Brötchen. Daneben gelangen an äußerst bedürftige Kinder auch eine Anzahl Freiportionen zur Ausgabe. In Neukölln, wofolbst für Zwecke der Schulspeisung in diesem Jahre rund 1¼ Million Mark erforderlich werden, erfolgt die Zubereitung des Essens ausschließlich in der vom Bezirksamt eingerichteten Quäkerküche, von der u. a. auch das Wöchnerinnenheim der Provinzial-Hebammenlehranstalt regelmäßig seinen Essensbedarf erhält. — Das Büro der Quäkerküche, Bergstr. 55/56, nimmt z. B. noch Meldungen von werdenden und stillenden Müttern sowie wiederum Anmeldungen von Jugendlichen (14-18 Jahre) und Kleinkindern (2-6 Jahre) werktäglich in der Zeit von 9-1 Uhr entgegen.

Ägyptische Bollen. Ein Pfund Zwiebeln kostet gegenwärtig 14 Mark. Dieser unverkämte Zuckerpreis wird damit bearbeitet, daß die Bollen, die vielleicht auf den Berliner Rieseisfeldern gewachsen sind, angeblich aus Ägypten kommen. Als „Ursprungsartikel“ werden Sacke vorgewiesen, die mit Halbmonden beschriftet sind.

Auf dem Markte der S.P.N. ist eine Brieftasche mit Inhalt gefunden worden. Dieselbe ist im Jugendsekretariat, Breite Straße 8/9, abzuholen.

Genosse Erich Besemann war von Herrn Heinrich Sklarz wegen „verleumderischer Beleidigung“ verklagt. Am Dienstag wurde vor Gericht verhandelt. Gen. Besemann lebte im Beifand des Rechtsanwalts Rabe II den ihm angebotenen Vergleichsvorschlag ab. Herr Sklarz zog die Klage zurück und übernahm die Kosten.

Heinrich Bräuer, von Beruf Zigarrenmacher, einer unserer alten Genossen, der in den neunziger Jahren sich als Mitglied der Bewegung anschloß, ist gestorben. Die Partei verkürrt in ihm ein Mitglied, das sich auch haltlos und ohne Scheu vor Opfern zur Idee des revolutionären Klassenkampfes bekannte. Die Einäscherung seiner Leiche findet am heutigen Sonnabend, vormittags 11 Uhr im Krematorium Gerichtstraße statt. Wir ersuchen um rege Beteiligung.

Die Beerdigung Wilhelm Brenthalers, dessen Verdienste um die Arbeiterbewegung wir bereits würdigten, findet statt am Dienstag, den 16. Mai, nachmittags 3¼ Uhr vor der Leichenhalle des Gemeindefriedhofs in Friedrichsfelde.

Der Raubhieb von Potsdam. Eine Berliner Vorortzeitung hatte am Runkel aus dem Bezirke die Regierung in Potsdam um Mitteilung des Begluntes der Jagdzeiten gebeten. Darauf ging unter dem 22. April d. J. der folgende klassische Bescheid des Bezirksausschusses von Potsdam ein: „Wir erwidern ergebenst, daß wir zu unserem Bedauern nicht in der Lage sind, dem Publikationsorgan für den 15. Groß-Berliner Verwaltungsbezirk „Der Südosten“ die Termine für Freigabe der Jagd auf die verschiedenen Wildarten mitzuteilen. Wir setzen von unseren Beschlüssen stets sofort die Deutsche Jägerzeitung und Wild und Hund sowie das Generalsekretariat des Deutschen Jagdclubvereins in Kenntnis. Darüber hinaus können wir an Nicht-Jagdschreibern keine Mitteilungen machen, zumal da sonst alle anderen Publikationsorgane den gleichen Anspruch erheben könnten. von Usedom.“ An Stelle dieser elf Maschinen-schreibern hätten mit fünf Zeilen die erbetenen Termine mitgeteilt werden können. Aber der vorinkultische Geist von Potsdam gefallt sich in Schildbürgerstreichen.

Steuerverhebung durch einen Betrüger. Trozdem im März dieses Jahres bereits darauf hingewiesen wurde, daß ein Betrüger versucht, Steuern auf Wechsel einzuziehen, sind mehrere Fälle bekanntgeworden, in denen Steuerpflichtige diesem Betrüger mit erheblichen Beträgen zum Opfer gefallen sind. Es handelt sich um einen großen, blonden jungen Mann, der in allen bekanntgewordenen Fällen Wechsel, die auf Gebäude-Grundsteuer lauten, in solchen Häusern vorlegt, in denen nicht der Eigentümer selbst wohnt, sondern die von Frauen verwaltet werden. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß in Berlin Steuern in der Wohnung des Steuerzahlers nur noch von Vollziehungsbeamten im Zwangsbeitragsverfahren angenommen werden, im übrigen sind Steuern stets bar oder undbar an die zuständige Steuerkasse zu zahlen. Die Vollziehungsbeamten müssen sich für jeden Pöllen durch einen besonderen Zwanzsdoll-streckungsauftrag ausweisen. Wechsel werden beim Steuerzahlungsgehalt nicht verwendet und nicht angenommen.

Der Leichenfund an der Waisenbrücke ist jetzt aufgeklärt. Es liegt kein Verbrechen vor. Die Person der Leiche, die nach den ersten Meldungen von unbekanntem Männern ins Wasser geworfen worden sein sollte, ist von ihrer Schwester festgestellt als eine Betty Döbme. Sie hatte wiederholt geäußert, daß sie das Leben fast hätte, und in einem solchen Anfälle des Ueberdrusses ist sie ohne Zweifel ins Wasser gegangen.

Der Lichterfelder Mörder- und Schwestermörder: verhaftet! Oestern wurde in Dettstedt im Siedharz ein unger Mensch aufgegriffen, der sich dort bettelnd umhertrieb und ganz heruntergekommen war. Die Polizei erkannte nach dem Ausdrücken der Kriminalpolizei in ihm den Mörder und nahm ihn fest. Er wird nach Berlin zurückbracht werden.

Selbstmord. In seiner Wohnung in der Martin Luther-Straße wurde der Student Adolf B., mit Salzsäure vergiftet aufgefunden und nach dem Leichenhaus übergeführt. In einem Abschiedsbrief wird Lebensüberdruß als Motiv angegeben.

